

Halbach, Uwe

**Research Report**

## Kirche und Staat in Russland: Nationale und außenpolitische Akzente

SWP-Studie, No. 8/2019

**Provided in Cooperation with:**

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

*Suggested Citation:* Halbach, Uwe (2019) : Kirche und Staat in Russland: Nationale und außenpolitische Akzente, SWP-Studie, No. 8/2019, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin, <https://doi.org/10.18449/2019S08>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/252966>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

SWP-Studie

---

*Uwe Halbach*

# Kirche und Staat in Russland

Nationale und außenpolitische Akzente von Orthodoxie



Stiftung Wissenschaft und Politik  
Deutsches Institut für  
Internationale Politik und Sicherheit

SWP-Studie 8  
April 2019, Berlin

Unter Präsident Wladimir Putin erstarkte ein Konservatismus, mit dem sich Russland von einem angeblich traditionsfeindlichen Westen abgrenzt. Vor allem in Putins dritter Amtszeit (2012 – 2018) wurde die Zusammenarbeit des Kreml mit der Russischen Orthodoxen Kirche ausgebaut. Gemeinsam widmete man sich etwa der patriotischen Präsentation der Geschichte Russlands als einer Großmacht, die einer »vom Westen dominierten Weltordnung« entgegentritt. Dabei versteht sich das Moskauer Patriarchat zwar nicht als Erfüllungsgehilfe des Kreml und hat seinerseits auf die Regierungsführung nur sehr begrenzten Einfluss. Aber in einem gemeinsamen Wertediskurs betonen kirchliche und staatliche Sprecher die »kulturelle Souveränität« und »einzigartige Zivilisation« ihres Landes, und die kirchlichen Außenbeziehungen verschränken sich in einigen Fällen mit der staatlichen Außenpolitik. Besonderes Aufsehen erregte der Streit um eine vom Moskauer Patriarchat getrennte eigenständige Orthodoxe Kirche der Ukraine, der im April 2018 aufflammte, in Kiew wie auch in Moskau politisiert wurde und weite Kreise zog. Schon diese grenzüberschreitende Auseinandersetzung fordert es geradezu heraus, sich eingehender mit nationalen und außenpolitischen Akzenten von Orthodoxie und mit dem Verhältnis von Kirche und Staat in Russland zu befassen.

**SWP-Studie**

*Uwe Halbach*

# Kirche und Staat in Russland

Nationale und außenpolitische Akzente von Orthodoxie

**Stiftung Wissenschaft und Politik  
Deutsches Institut für  
Internationale Politik und Sicherheit**

SWP-Studie 8  
April 2019, Berlin

**Alle Rechte vorbehalten.**

Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten der Stiftung Wissenschaft und Politik ist auch in Auszügen nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

SWP-Studien unterliegen einem Verfahren der Begutachtung durch Fachkolleginnen und -kollegen und durch die Institutsleitung (*peer review*), sie werden zudem einem Lektorat unterzogen. Weitere Informationen zur Qualitätssicherung der SWP finden Sie auf der SWP-Website unter <https://www.swp-berlin.org/ueberuns/qualitaetssicherung/>. SWP-Studien geben die Auffassung der Autoren und Autorinnen wieder.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, 2019

**SWP**

Stiftung Wissenschaft und Politik  
Deutsches Institut für  
Internationale Politik und  
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4  
10719 Berlin  
Telefon +49 30 880 07-0  
Fax +49 30 880 07-200  
[www.swp-berlin.org](http://www.swp-berlin.org)  
[swp@swp-berlin.org](mailto:swp@swp-berlin.org)

ISSN 1611-6372  
doi: 10.18449/2019S08

## **Inhalt**

- 5 Problemstellung und Schlussfolgerungen
- 7 Präsident und Patriarch – Staat und Kirche
- 9 Re-Institutionalisierung der Kirche in nachsowjetischer Entwicklung
- 13 Religiosität in der Bevölkerung
- 15 Die Kirche und russische bzw. russländische Identität
- 18 Die Kirche als außenpolitischer Akteur
- 20 Feindbild Westen
- 22 Die Verbindungen der ROK zu internationalen Organisationen
- 24 Das Verhältnis zwischen russischer und islamischer Welt
- 27 Beziehungen zum »nahen Ausland«: Ukraine und Georgien
- 33 Ausblick
- 35 Abkürzungsverzeichnis

*Dr. Uwe Halbach ist Wissenschaftler in der Forschungsgruppe  
Osteuropa und Eurasien*

### **Kirche und Staat in Russland. Nationale und außenpolitische Akzente von Orthodoxie**

Die deutsche Russlandpolitik betont die Notwendigkeit, mit Moskau im Dialog zu bleiben – bei aller Kritik etwa am Vorgehen Russlands gegenüber der Ukraine. Dieses Bekenntnis wirft Fragen nach identitätsstiftenden Entwicklungen beim Dialogpartner auf. In der dritten Amtsperiode Präsident Putins von 2012 bis 2018 förderte die politische Führung einen Konservatismus, der die Bedeutung traditioneller Werte für die Großmacht Russland hervorhebt. Wie weit kann von Kooperation zwischen staatlichen und kirchlichen Institutionen auf diesem ideologischen Feld sowie in außenpolitischen Bereichen die Rede sein? Diese Frage wurde während der letzten Jahre in Analysen zur Entwicklung Russlands verstärkt diskutiert. Einige Beobachter stellten den Schulterschluss zwischen dem Kreml und dem Moskauer Patriarchat heraus, andere dagegen relativierten den Einfluss der Kirche und wiesen auf die geringe Zahl regelmäßiger Kirchgänger in Russland hin. Doch schon der seit April 2018 aufgeflamte Streit um eine vom Moskauer Patriarchat getrennte eigenständige (autokephale) orthodoxe Kirche in der Ukraine und seine Politisierung in Kiew und Moskau fordern es geradezu heraus, sich mit dem Thema Kirche und Staat in der Russischen Föderation zu befassen.

Die Russische Orthodoxe Kirche (ROK) durchlief in nachsozialistischer Zeit einen (Re-)Institutionalisierungsprozess. Er zeigt sich in der gewachsenen Zahl ihrer Gemeinden und Pfarreien, aber auch in der Gründung einiger Plattformen für den Dialog mit Gesellschaft, Staat und Außenwelt. Was Religiosität in der Bevölkerung anbelangt, besteht eine Diskrepanz zwischen dem nationalen Bekenntnis zur Orthodoxie und der individuellen Beteiligung am kirchlichen Leben. Aus dem schwachen Gottesdienstbesuch ist aber nicht zwangsläufig abzuleiten, dass die Kirche keinen Einfluss hat. Gemeinsamkeit zwischen ihr und dem Staat manifestiert sich in einem Wertediskurs, der neben nationalen Akzenten außenpolitische Ausrichtungen offenbart. Das Thema kulturelle und zivilisatorische Souveränität Russlands nimmt darin eine zentrale Stellung ein. Es dient der Abgrenzung von einem »traditionsvergessenen Westen«, der sich

anmaße, seine Normen für universell zu erklären. Während Putins dritter Amtszeit als Präsident verstärkte sich die Zusammenarbeit des Staates mit der Kirche auf Handlungsfeldern wie der patriotischen Präsentation der Geschichte Russlands als Großmacht.

Aus den kirchlichen Außenbeziehungen und ihrem Zusammenhang mit staatlicher Außenpolitik sind drei Bereiche hervorzuheben: der Europa-Diskurs der ROK, die Beziehung zur Welt des Islam und die Verbindungen zum »nahen Ausland« im Raum der ehemaligen Sowjetunion und des Zarenreichs, besonders zur Ukraine und zu Georgien. Die ROK hat Kontaktstellen unter anderem zur Europäischen Union (EU), zum Europarat und zur Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) eingerichtet. In der Auseinandersetzung mit diesen Organisationen reagierte sie auf Resolutionen und andere Dokumente, die ihrer Ansicht nach einseitig auf Individualrechte und liberale Normen ausgerichtet sind. Schon lange bevor sich der Konflikt zwischen Russland und dem Westen seit 2014 zuspitzte, hatte die ROK Europa vorgeworfen, Verrat an seinen kulturellen Wurzeln zu begehen, ja sogar Christianophobie zu bekunden. Auf staatlicher Seite richtete sich die Abgrenzung vom Westen besonders gegen die USA als Russlands globalen Antagonisten. Zwar kann die Kirche mit ihrem Vorwurf der Christenfeindlichkeit die religiösen Verhältnisse in den USA nicht treffen, denn dort ist die Zahl der Kirchgänger weit höher als in Russland. Im aktuellen Kirchenstreit um die Ukraine trat aber nun auch das Feindbild USA hervor.

Zur Welt des Islam stehen Staat und Kirche in dreifacher Hinsicht in Beziehung: Auf nationaler Ebene bildet der Islam die zweitgrößte Glaubensgemeinschaft unter den vier traditionellen Religionen der Russischen Föderation (Christentum, Islam, Buddhismus, Judentum) und wird in die »Russische Welt« einbezogen. Bedeutung in der Außenpolitik kommt dem islamischen Ausland in dem Maße zu, wie Russland sich an nichtwestliche Partner wendet und als Gegengewicht zu den USA präsentiert. Aus sicherheitspolitischer Perspektive schließlich gilt islamistischer Extremismus als Gefahr, die zu bekämpfen ist. Während Putins dritter Präsidentschaft hat sich Russland als ein externer Hauptakteur im Mittleren Osten etabliert. Als Moskau im September 2015 militärisch in die Kämpfe in Syrien eingriff, unterstützte das Patriarchat die Intervention mit historischen Argumenten.

Blickt man auf Russlands nahes Ausland im Raum der ehemaligen Sowjetunion, ragen besonders die Ukraine und Georgien hervor. Auf beide Länder trifft

zu, dass die Beziehungen Russlands zu diesen Nachbarstaaten die Grenze zu militärischer Gewalt überschritten haben und dass Moskau bestrebt war, der euro-atlantischen Ausrichtung ehemaliger »Bruderländer« entgegenzutreten. Auch in den kirchlichen Beziehungen nehmen beide eine Sonderstellung ein. Die Ukraine wies bislang die größte Zahl orthodoxer Gemeinden unter Hoheit des Moskauer Patriarchats im nahen Ausland auf. Georgien verfügt dagegen über eine eigenständige orthodoxe Nationalkirche, die um Jahrhunderte älter ist als die ROK. 2018 rückten die religiös-kulturellen Beziehungen zwischen Russland und der Ukraine ins Blickfeld der Berichterstattung über Osteuropa. In der Ukraine vereinigten sich zwei orthodoxe Kirchen zu einer eigenständigen, vom Ökumenischen Patriarchat von Konstantinopel kanonisierten Nationalkirche. Die schon zuvor de facto vollzogene Trennung dieser orthodoxen Kirchen vom Moskauer Patriarchat wurde so nun offiziell bestätigt. Der damit verbundene Kirchenstreit zwischen Kiew und Moskau spiegelt zwischenstaatliche Konfliktstrukturen wider. In Russlands Verhältnis zu Georgien jedoch unterscheiden sich die zwischenstaatlichen von den zwischenkirchlichen Beziehungen. So hat der Kreml nach dem Fünftagekrieg vom August 2008 die Unabhängigkeit der von Georgien abtrünnigen Territorien Abchasien und Südossetien anerkannt und ihre Anbindung an Russland verstärkt. Dagegen besteht das Moskauer Patriarchat auf ihre kanonische Zugehörigkeit zur Georgischen Orthodoxen Kirche. Dies bleibt allerdings eine Formalität, da georgische Kleriker praktisch keinen Zugang zu den beiden Territorien mehr haben.

Die orthodoxe Symphonie zwischen Kirche und Staat in Russland schließt die Absage an eine »westzentrierte Weltordnung« ein. Dies wurde durch eine global ausgreifende russische Außenpolitik untermauert und von einer Krise des Westens flankiert. Es stellt sich die Frage, inwieweit sich diese Entwicklung in der »Periode Putin 4.0« fortsetzen wird, die mit den Präsidentschaftswahlen im März 2018 eingeleitet wurde. Seit der zweiten Jahreshälfte 2018 zeigen Meinungsumfragen dem Kreml Warnsignale an: Putins Popularitätsquote sank deutlich unter den Stand vor der Krim-Annexion. Rentenreformpläne lösten landesweite Demonstrationen aus, in denen gesellschaftliche Frustration bekundet wurde. Trotz konservativer patriotischer Mobilisierung, zu der die Kirchenglocken läuten, dürfte Russlands Bevölkerung sich kaum dauerhaft davon abhalten lassen, Veränderungen vor allem in sozioökonomischen Bereichen zu fordern.

# Präsident und Patriarch – Staat und Kirche

Am 1. Dezember 2017 hielt Präsident Putin eine Rede vor dem Obersten Rat der Bischöfe in Moskau. Er sprach dabei das Verhältnis zwischen Kirche und Staat und deren historische und gesellschaftliche Rolle an. Beide hätten vor allem die Aufgabe, Stabilität und Einheit der Russischen Föderation zu wahren. Dabei hob Putin die historische Entwicklung Russlands als einzigartig hervor – mit der christlichen Orthodoxie als einem ihrer herausragenden Elemente. Wiederholt ließ er das Stichwort Spiritualität (duchovnost') fallen, das zu einem Kernbegriff nationaler Selbstidentifizierung geworden und in die politische Terminologie eingekehrt ist. Die Aufgabe der Kirche sah der Präsident darin, »Russlands Status als Leuchtturm traditioneller Werte« auf der Weltbühne zu unterstützen.<sup>1</sup> Zuvor, in einem Sendschreiben an die Bischofskonferenz, hatte Putin der Kirche zum 100. Jahrestag der Wiedereinführung des Moskauer Patriarchenamtes gratuliert<sup>2</sup> und ihren Beitrag zur Geschichte Russlands gelobt. So habe sie im Großen Vaterländischen Krieg gegen die Faschisten »das Volk gestützt und ermutigt und ihm geholfen ..., seine spirituelle Basis zu finden«.<sup>3</sup> Bereits zum 90. Jahrestag hatte er im November 2007 bei einer Rede im Kremlpalast in ähnlichen Worten die Zusammenarbeit mit der Kirche gepriesen. Damals standen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen an, und Putin gab seiner

Erwartung Ausdruck, dass sich orthodoxe Christen an der Wahl stark beteiligen werden.<sup>4</sup>

Auch sein Auftritt vor der Bischofsversammlung Ende 2017 fand im Vorfeld von Präsidentschaftswahlen statt, nämlich an der Schwelle zu seiner vierten Amtsperiode. Patriarch Kirill rief die Gläubigen dazu auf, zur Wahl zu gehen.<sup>5</sup> Allerdings stimmten seine Äußerungen nicht ganz mit Putins Lobpreisung der Synthese von Staat und Kirche überein. Kirchliche Kreise wollen heute die ROK nicht als Instrument des Staates verstanden wissen.<sup>6</sup> Auf der anderen Seite befürchten säkulare Kräfte in der russischen Öffentlichkeit eine Umklammerung des Staates durch die Kirche. Putin hat durch seine Rede auf beiden Seiten Furcht vor gegenseitiger Abhängigkeit provoziert.<sup>7</sup> Laut Umfragen meint rund die Hälfte der Befragten in Russland, dass religiöse Führer einen gewissen Ein-

1 Andrey Pertsev, *President and Patriarch: What Putin Wants from the Orthodox Church*, Moskau: Carnegie Moscow Center, 19.12.2017, <<https://carnegie.ru/commentary/75058>> (Zugriff Mai 2018).

2 Das 1589 geschaffene Amt des Moskauer Patriarchen war von Zar Peter dem Großen im Jahr 1721 abgeschafft worden. An seine Stelle trat ein »Heiliger Synod«, der fast 200 Jahre lang unter Leitung der zaristischen Bürokratie stand, bevor im Dezember 1917 das Patriarchenamt wieder eingerichtet wurde.

3 »Putin Hails Russian Orthodox Church's Growing Influence«, *BBC Monitoring Global Newline – Former Soviet Union*, 29.11.2017.

4 Oleg Shchedrov, »Putin Promises Support to Russian Orthodox Church«, *Reuters*, 19.11.2007, <<https://www.reuters.com/article/us-russia-putin-church/putin-promises-support-to-russian-orthodox-church-idUSL196077120071119>> (Zugriff Juni 2018).

5 »Orthodox Patriarch Urges Russians to Vote in Presidential Elections«, in: *The Moscow Times*, 8.1.2018, <<https://the-moscowtimes.com/news/orthodox-patriarch-urges-russians-to-vote-in-presidential-elections-60127>> (Zugriff Mai 2018).

6 So unterstrich der damalige Leiter der Informationsabteilung des Moskauer Patriarchats, Wladimir Legojda: »Die Russische Kirche war in ihrer Geschichte nie so unabhängig vom Staat, wie sie es heute ist.« Zugleich hob er aber auch hervor, dass »die Kirche niemals eine Kraft sein wird, die in Opposition zur staatlichen Verwaltung steht«. Zitiert in Galina Petrenko, *Influence of the Russian Orthodox Church on Russia's Foreign Policy*, 4th ECPR Graduate Student Conference, Jacobs University Bremen, 4. – 6.7.2012, <<https://ecpr.eu/filestore/paperproposal/a0fa90ec-d2cb-498a-ae34-31396d87b8cf.pdf>> (Zugriff Dezember 2018).

7 »The secular community feels he is drifting toward the church, while many in the religious community believe he is trying to establish government control over church activities.« Zitiert in Pertsev, *President and Patriarch* [wie Fn. 1].

fluss auf politische Angelegenheiten haben. 52 Prozent halten dies allerdings nicht für wünschenswert.<sup>8</sup>

In wissenschaftlichen Beiträgen werden die Beziehungen zwischen Kirche und Staat in Russland aus historischer Perspektive und mit Blick auf die Konstellation während der nachsowjetischen Entwicklung diskutiert.<sup>9</sup> Dabei wird betont, dass die Kirche mit dem Staat zwar auf Feldern wie der patriotischen Erziehung und auch in der Außenpolitik kooperiere, aber als eigenständiger Akteur auftrete, dessen Agenda nicht mit der des Staates deckungsgleich sei. Die Russlandexpertin Marlène Laruelle unterscheidet zwischen »nichtstaatlichen« und »parastaatlichen Akteuren« auf Handlungsfeldern, auf denen Patriotismus in Russland generiert wird. Laruelle zählt die Kirche zu den parastaatlichen Kräften, die »das Regime in vielerlei Hinsicht unterstützen und sich unter seinem Schirm entfalten, aber über ihre eigene Autonomie und ideologische Nische verfügen«. Hinzu kommt eine informelle Gruppe aus orthodoxen Geschäftsleuten, die sich in kirchlichen Stiftungen engagieren und eine »paradiplomatische« Rolle für den Staat in der Außenpolitik spielen.<sup>10</sup> Der Einfluss der Kirche auf die staatliche Sphäre zeigt sich in der Regierungsführung nur begrenzt, dafür umso mehr in einem gemeinsamen Wertediskurs, der neben

einer nationalen eine außenpolitische Ausrichtung aufweist.<sup>11</sup>

8 David Masci, *Split between Ukrainian, Russian Churches Shows Political Importance of Orthodox Christianity*, Washington, D.C.: Pew Research Center, 14.1.2019.

9 Thomas Bremer, *Kreuz und Kreml. Kleine Geschichte der orthodoxen Kirche in Russland*, Freiburg: Herder, 2007; John P. Burgess, *Holy Rus'. The Rebirth of Orthodoxy in the New Russia*, New Haven/London: Yale University Press, 2017; Regina Elsner, *Die Russische Orthodoxe Kirche vor der Herausforderung Moderne. Historische Wegmarken und theologische Optionen im Spannungsfeld von Einheit und Vielfalt*, Würzburg: Echter, 2018 (Das Östliche Christentum, Neue Folge, Bd. 63), S. 166–171; Regina Elsner, »Bedingt einsetzbar. Die Russische Orthodoxe Kirche in Russlands Außenpolitik«, in: *Osteuropa*, 67 (2017) 9–10, S. 205–217; Gregory L. Freeze, *Russian Orthodoxy and Politics in the Putin Era*, Washington, D.C.: Carnegie Endowment for International Peace, 9.2.2017 (Task Force White Paper); Daniel P. Payne, »Spiritual Security, the Russian Orthodox Church, and the Russian Foreign Ministry: Collaboration or Cooptation?«, in: *Journal of Church and State*, 52 (2010) 4, S. 712–727; Katja Richters, *The Post-Soviet Russian Orthodox Church. Politics, Culture and Greater Russia*, London/New York: Routledge, 2013.

10 Marlène Laruelle, »Is Nationalism a Force for Change in Russia?«, in: *Daedalus*, 146 (2017) 2, S. 89–100.

11 »The Church has profoundly shaped Russian political life not so much in matters of formal governance, but rather by providing key narratives, symbols and rituals that help Russians make sense of who they are as a nation.« Burgess, *Holy Rus'* [wie Fn. 9], S. 42.

# Re-Institutionalisierung der Kirche in nachsowjetischer Entwicklung

Seit dem Ende der Sowjetunion hat die ROK eine Re-Institutionalisierung durchlaufen, die quantitativ vor allem an der gewachsenen Zahl ihrer Gemeinden und Pfarreien abzulesen ist. So verwies Bischof Tichon, der als Beichtvater Präsident Putins und als konservativer Repräsentant der ROK gilt, im April 2018 darauf, dass die Zahl der Kirchen in der russischen Hauptstadt während der nachsowjetischen Zeit von etwa 40 auf mehr als 400 gestiegen ist. In diesem Zusammenhang macht er darauf aufmerksam, dass auch in der kommunistischen Ära kein totaler Atheismus geherrscht habe: Bei der Volkszählung im Terrorjahr 1937, als es lebensgefährlich war, einen Priester unter seinen Vorfahren zu haben, wurde auch nach der Einstellung zum Glauben gefragt. 56,7 Prozent der Bevölkerung wagten es damals, sich als gläubig zu bezeichnen.<sup>12</sup>

## Die Re-Institutionalisierung zeigte sich in der Gründung kirchlicher Komitees, die eine Verbindung zu Politik, Öffentlichkeit und Außenwelt suchen.

Die Re-Institutionalisierung manifestierte sich auch in der Gründung kirchlicher Komitees, welche die Verbindung zu Politik, Öffentlichkeit und Außenwelt suchen. Gelegentlich bezieht die Kirche Stellung zu aktuellen Themen, so im Sommer 2018 anlässlich der Fußball-Weltmeisterschaft in Russland. Damals kündigte Patriarch Kirill an, eine Sportkommission innerhalb der Kirche ins Leben zu rufen, denn die Zeit für Interaktion zwischen Kirche und Sportwelt

<sup>12</sup> Kerstin Holm, »Ein Gespräch mit Bischof Tichon: Wir sind Christen!«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)*, 28.4.2018.

sei gekommen. »Die Aufgabe eines Athleten ist dieselbe wie die eines Mönchs – ohne Selbstkontrolle kein Erfolg.«<sup>13</sup> Ein richtungweisendes Dokument für den Prozess, in dem die Kirche mit der Öffentlichkeit stärker als zuvor in Dialog trat, waren die »Grundlagen der Sozialkonzeption der Russischen Orthodoxen Kirche«, die nach langer Vorbereitung im Jahr 2000 verabschiedet wurden. Sozialarbeit nahm nun mehr Raum ein als in anderen orthodoxen Kirchen. Laut Bischof Tichon ist »die wiedergeborene soziale Arbeit der Kirche, die in der sowjetischen Zeit verboten war, heute sehr vielfältig, wenngleich sie noch deutlich hinter der Praxis der katholischen und der protestantischen Welt ... zurücksteht«.<sup>14</sup> Der Dialog verstärkte sich unter dem neuen Patriarchen Kirill, der 2009 an die Spitze der ROK gewählt wurde und zuvor die Außenabteilung der Kirche geleitet hatte. Er förderte die Online-Kommunikation durch ein Netz kirchlicher Webseiten. Aber auch hier muss auf die Grenzen des Einwirkens der Kirche auf die Gesellschaft hingewiesen werden. Die Jugend, das heißt die Generation der »Puteens«, die unter der Herrschaft des amtierenden Präsidenten aufgewachsen ist, lässt sich von den Botschaften der Kirche kaum beeindrucken.<sup>15</sup> Kirchliche Stellungnahmen zu sozialen

<sup>13</sup> Oliver Carroll, »World Cup 2018: Russian Orthodox Church Hoping ›Gift from God‹ Tournament Will Help Spread Its Traditional Values«, in: *Independent*, 13.6.2018, <<https://www.independent.co.uk/news/world/europe/world-cup-2018-fifa-russia-religion-orthodox-church-putin-a8396991.html>> (Zugriff Dezember 2018).

<sup>14</sup> Holm, »Ein Gespräch mit Bischof Tichon« [wie Fn. 12]; zur Sozialarbeit der ROK und ihren Grenzen siehe Burgess, *Holy Rus'* [wie Fn. 9], S. 91 – 122.

<sup>15</sup> Laut neuerer Umfrage des Zentrums für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) vertraut die russische Jugend dem Präsidenten, der Armee und den Sicherheitsorganen,

Fragen beziehen sich vor allem auf den Schutz der »traditionellen Familie«, kaum auf andere sozioökonomische Probleme, die den Staat herausfordern und gegenwärtig deutlich zutage treten. Doch auch in diesem Bereich konservativer Familienpolitik gelingt es der Kirche nicht immer, ihre Positionen durchzusetzen, etwa bei der Auseinandersetzung um Schwangerschaftsabbruch. Im September 2016 unterzeichnete Patriarch Kirill eine Petition, die Gesetzesänderungen in diesem Punkt verlangte, aber keine Wirkung zeigte.<sup>16</sup>

1990 verabschiedete der Sowjet der noch bestehenden Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR) ein liberales Gesetz über Religionsfreiheit und die Trennung von Staat und Kirche. Es schränkte das Handeln religiöser Akteure nicht ein, auch wenn es sich um ausländische Glaubensgemeinschaften handelte, die in Russland missionierten und seitens der ROK auf heftige Ablehnung stießen. Die Verfassung der Russischen Föderation von 1993 postuliert religiöse Freiheit und die Trennung von Kirche und Staat. »Religiöse Vereinigungen sind vom Staat getrennt und vor dem Gesetz gleich.«<sup>17</sup> Doch in der Folgezeit wurde dieser religiöse Pluralismus beschnitten und »hierarchisiert«. Ein Gesetz von 1997 über Gewissensfreiheit und religiöse Vereinigungen erkannte die »besondere Rolle der Orthodoxie in der Geschichte Russlands, bei der Entstehung und Entwicklung seiner Spiritualität und seiner Kultur« an und setzte den Aktivitäten »nichttraditioneller« Konfessionen enge Grenzen. Unterstützung gewährt der Staat seither nur noch jenen vier Glaubensgemeinschaften, die auf dem weitgespannten eurasischen Territorium Russlands historisch verwurzelt waren und als die »traditionellen Religionsgemeinschaften« konzipiert wurden: Neben der Christlich-Orthodoxen Kirche sind dies der Islam, der Judentum und der Buddhismus. Aber auch hier schälte sich eine privilegierte Stellung der ROK heraus. Zudem schloss das Konzept der traditionellen Religionen einige Glaubensgemeinschaften nicht ein, von denen

aber auch Nichtregierungsorganisationen. Die ROK »ist unter den Jüngeren die umstrittenste Institution, wobei das Misstrauen überwiegt«. Gwendolyn Sasse, »Wie revolutionär sind die »Puteens?«, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 27.7.2018.

<sup>16</sup> Anaïs Llobet, »Russlands Kirche in Putins Staat«, in: *Le Monde Diplomatique* (deutsche Ausgabe), 8.3.2018, <<https://monde-diplomatique.de/artikel/5482230>>.

<sup>17</sup> Zitiert in Giovanni Codevilla, »Relations between Church and State in Russia Today«, in: *Religion, State and Society*, 36 (2008) 2, S. 113–138 (133).

Gemeinden in Russland seit Jahrhunderten vertreten waren, wie Lutheraner und Calvinisten (seit dem 16. Jahrhundert) oder Katholiken.

Staatliche Unterstützung bedeutete nicht die Einführung einer Kirchensteuer. Ihre finanziellen Einkünfte bezieht auch die privilegierte ROK aus dem Verkauf von Devotionalien, aus Sammelbüchsen und den Gebühren für Riten bei Trauungen, Bestattungen und anderem sowie aus finanziellen Zuwendungen durch Großkonzerne. Unter den Oligarchen, die in enge Verbindung mit der ROK traten, wurden Wladimir Jakunin und Konstantin Malofejew am häufigsten erwähnt. Jakunin, von 2005 bis 2015 Präsident der russischen Eisenbahngesellschaft, finanzierte soziale Projekte in Kooperation mit der Kirche wie die Stiftung für Kinderhilfe namens »Breite deine Flügel aus« und gehört zu den Mitbegründern des Instituts »Dialog der Zivilisationen« in Berlin. Malofejew, Geschäftsführer des Investmentfonds Marshall Capital Partners und Chef des Fernsehsenders Tsargrad, bezeichnet sich als »orthodoxen Monarchisten« und steht in Kontakt zu ultrakonservativen und nationalistischen Gruppen.

Aussagen staatlicher Sprecher im zweiten nachsowjetischen Jahrzehnt lehnten sich noch nicht ausdrücklich an »traditionelle Werte« und »Orthodoxie« an. In der Außenpolitik war strikte Abgrenzung orthodoxer Kultur von »westlicher Dekadenz« noch nicht angesagt, wie sie bereits in kirchlichen Kreisen thematisiert wurde. Gleichwohl formierte sich schon während dieser Zeit eine konservative Haltung, die Kritik an einem westlichen Liberalismus nicht mehr allein der Kommunistischen Partei überließ. In diesem Umfeld traten neue politische Klubs, Stiftungen und gesellschaftliche Organisationen auf den Plan. Mit Unterstützung der ROK »wurde die Infrastruktur für den neuen Konservatismus weiter ausgebaut. Die Jahre 2003 bis 2007 waren eine Hochzeit der Manifeste, die die Debatte um das zukünftige Entwicklungsmodell Russlands ... mit Konservatismus verbanden.«<sup>18</sup> Unter der Präsidentschaft Dmitri Medwedews, die eine Brücke zu Putins weiteren Amtszeiten bilden sollte, wurde die Religionspolitik modifiziert. So signalisierte Medwedew Zustimmung dafür, den Schulunterricht mit orthodoxen Elementen anzureichern. Kurse zu »Fundamenten religiöser Kultur« und »Säkularer Ethik« wurden in 19 Regionen Russlands ein-

<sup>18</sup> Katharina Bluhm, »Entwicklung mit Tradition. Russlands konservative Gegenbewegung«, in: *Osteuropa*, 68 (2018) 6, S. 67–81 (70).

geführt. Die Nachfrage nach »Grundlagen orthodoxer Kultur« als Unterrichtsfach ist bis heute allerdings begrenzt geblieben, besonders in Großstädten.<sup>19</sup> Im Jahr 2009 bewilligte das Verteidigungsministerium die Beschäftigung von Militärkaplänen in Einrichtungen der Armee. Im selben Jahr wurde die Rückgabe konfiszierten Kircheneigentums gesetzlich festgelegt. 2010 begann der Staat damit, mehr als 6400 in sowjetischer Zeit beschlagnahmte kirchliche Grundstücke an ihre Eigentümer zurückzugeben, und gewährte der Kirche Steuererleichterungen und Finanzhilfen. Gleichwohl tat sich eine gewisse ideologische Diskrepanz zwischen Kreml und Patriarchat auf. Staatliche Sprecher traten für eine »Modernisierungspartnerschaft« mit Europa ein. Im Mittelpunkt der Modernisierungskampagne stand der technologische Fortschritt. Laut der kirchlichen Sozialkonzeption indes könne die Entwicklung von Wissenschaft und Technologie unter der Dominanz säkularer Ideologien zu »furchterregenden Konsequenzen« führen.<sup>20</sup>

In der dritten Amtszeit Präsident Putins seit 2012 erreichte die Abgrenzung vom Westen im Wertediskurs von Kirche und Staat ihren Höhepunkt – also bevor sich seit 2014 ein neuer Ost-West-Konflikt zuspitzte. Schon die Kampagne zur Präsidentschaftswahl 2012 war von antiwestlichen Tönen geprägt, die als Reaktion auf Protestwellen in Russland gegen das abgekartete Machtspiel zwischen Putin und Medwedew zu deuten sind. Aus Sicht des Kreml waren solche Proteste von externen, sprich westlichen Akteuren gesteuert, wie die »Farbrevolutionen« in Georgien und der Ukraine. Die Staatsführung suchte nun Rückhalt im konservativen Milieu, das sich durch neue Vereine erweitert hatte. Zu letzteren gehört vor allem der Izborsker Klub, in dem 2012 kremlnahe Publizisten aus sicherheitspolitischen, kirchlichen und wirtschaftlichen Kreisen zusammentraten, um Russland gegen westliche Einflüsse zu verteidigen.<sup>21</sup> Präsident

Putin legte 2013 vor der Föderalversammlung und auf dem alljährlichen Waldai-Treffen vor internationalem Publikum sein Bekenntnis zu konservativen, traditionellen Werten ab.<sup>22</sup> 2012 trat mit Wladimir Medinski ein ultrakonservativer Minister für Kultur in die Regierungsmannschaft ein. Nun wurden Gesetze verabschiedet, die im Dienste traditioneller Werte Meinungsfreiheit einschränkten. Im Jahr darauf wurde der Straftatbestand »Beleidigung religiöser Gefühle« ins Strafgesetzbuch aufgenommen (Artikel 148). Missionarische Aktivitäten aus nichttraditionellen ausländischen Glaubensgemeinschaften wurden in der Folgezeit unter Extremismusverdacht gestellt. Das betrifft im christlichen Bereich vor allem die Zeugen Jehovas, eine Gemeinde von rund 175 000 Mitgliedern in Russland.<sup>23</sup> 2016 wurde die Kirchenhistorikerin Olga Wassiljewa zur Bildungsministerin ernannt und fungierte für die Kirche als konservative Ansprechpartnerin der Regierung.

### Die russischen Interventionen in der Ukraine und in Syrien wurden religiös verklärt.

Die russischen Interventionen in der Ukraine und in Syrien wurden religiös verklärt. So hob Präsident Putin zum Beispiel in einer Ansprache vor der Duma im Dezember 2014 die Stadt Cherson hervor, die nicht weit entfernt von der Krimhalbinsel liegt. Dort wurde im Jahr 987 angeblich der bedeutende Großfürst Wladimir getauft, bevor er nach Kiew zurückkehrte und 988 die Christianisierung der Kiewer Rus einleitete, einer Art mittelalterlicher Vorläuferstaat Russlands, der Ukraine und Belarus'. Dabei setzte

<sup>22</sup> Bluhm, »Entwicklung mit Tradition« [wie Fn. 18], S. 72.

<sup>23</sup> Nach Angaben der Menschenrechtsorganisation Memorial wird derzeit gegen 81 Zeugen Jehovas wegen »Zugehörigkeit zu einer extremistischen Vereinigung« ermittelt. Im Februar 2019 wurde ein aus Dänemark stammendes Mitglied der Gemeinde wegen angeblicher Spionage zu sechs Jahren Haft verurteilt. In einem Artikel der Zeitung *Vedomosti* wird das russische Vorgehen gegen die Sekte mit deren Verfolgung in der Sowjetunion, im nationalsozialistischen Deutschland und in Spanien unter Franco verglichen. Der Vorwurf des Extremismus wird vor allem aus der Haltung dieser Glaubensgemeinschaft gegenüber dem Staat abgeleitet, etwa daraus, dass sie den Militärdienst, die Beteiligung an Wahlen und die Mitgliedschaft in Parteien ablehnt. Siehe Pavel Antekar', »Religija kak špionaž« [Religion als Spionage], in: *Vedomosti*, 7.2.2019; Friedrich Schmidt, »Russlands »Extremisten«. Zeuge Jehovas zu 6 Jahren Straflager verurteilt«, in: *FAZ*, 8.2.2019.

<sup>19</sup> »In Moscow less than a quarter of schoolchildren have enrolled in the foundations of Orthodox culture; in St. Petersburg only 9.5 percent. The vast majority has chosen secular ethics instead. Many Russians, even those who call themselves Orthodox, remain suspicious of any school programs that suggest ideological indoctrination, such as occurred under Communism.« Burgess, *Holy Rus'* [wie Fn. 9], S. 77.

<sup>20</sup> Richters, *The Post-Soviet Russian Orthodox Church* [wie Fn. 9], S. 28.

<sup>21</sup> Siehe dazu Roland Götz, »Die andere Welt. Im Izborsker Klub: Russlands antiwestliche Intelligencija«, in: *Osteuropa*, 65 (2015) 3, S. 109 – 138.

Putin die Stadt am Mündungsdelta des Dnjepr in ihrer religiösen Bedeutung mit Jerusalem und Mekka gleich. Den militärischen Einsatz in Syrien rechtfertigten staatliche und kirchliche Sprecher mit dem Argument, christliche Gemeinden im Mittleren Osten müssten vor islamistischem Terrorismus geschützt werden.

Der wachsende Konservatismus in Russland verband Staat und Kirche immer enger, sowohl innen- als auch außenpolitisch, und gewann in der kirchlichen Hierarchie die Oberhand. Allerdings setzt sich die ROK nicht ausschließlich aus konservativen Kräften zusammen. Einige Vertreter beklagten, es mangle der Kirche an einem kritischeren Verhältnis zur staatlichen innen- und außenpolitischen Agenda. Konservative Hardliner wie der Priester Wsewolod Tschaplin, der mit extremen Äußerungen zu kultur- und außenpolitischen Themen hervorgetreten war, stießen selbst in der Hierarchie auf Widerstand: Tschaplin wurde 2015 aus der Kirchenführung entlassen.

Die ROK, zu der Gemeinden weit über Russland hinaus gehören, ist unter den bisher 14 (mit der eigenständigen Orthodoxen Kirche der Ukraine nun 15) orthodoxen Kirchen mit Abstand die größte. Zu ihr bekennt sich gut die Hälfte der 300 Millionen Mitglieder der orthodoxen Ökumene. Es gibt im orthodoxen Christentum keine zentrale Führungsinstanz, die mit dem Papsttum in der katholischen Welt vergleichbar wäre. Der Patriarch von Konstantinopel, derzeit Bartholomaios I., beansprucht die Position eines *primus inter pares* unter den geistlichen Führern der Ökumene.

Im Zuge des Streits darüber, ob der neu gegründeten Orthodoxen Kirche der Ukraine Eigenständigkeit zugesprochen werden sollte, wuchs die Rivalität zwischen Moskau und Konstantinopel 2018 derart, dass vor einer Spaltung der orthodoxen Ökumene gewarnt wurde. In Russland und in der Ukraine verschränkten sich in diesem Streit Religion und Politik. »Zu Russlands gewachsenem Machtanspruch zählt auf internationaler Bühne, dass Kirill, Oberhaupt der zahlenstärksten orthodoxen Kirche, offen mit Bartholomaios um die Vorherrschaft in der Orthodoxie rivalisiert.«<sup>24</sup> Dies kam bereits 2016 zum Ausdruck, als die ROK zusammen mit den orthodoxen Kirchen von Bulgarien, Georgien und Antiochien (Syrien) das Panorthodoxe Konzil von Kreta boykottierte, das jahr-

zehntelang vorbereitet worden war und als Lebensprojekt des Patriarchen Bartholomaios galt. In seinem Bemühen um Dialog mit anderen Glaubensgemeinschaften, so mit der katholischen Kirche, geriet Bartholomaios in Konflikt mit konservativen Kirchenführungen wie jener in Russland. Nachdem das Patriarchat von Konstantinopel am 11. Oktober 2018 entschieden hatte, die seit 1686 bestehende Zuordnung der ukrainischen Kirche zum Moskauer Patriarchat aufzuheben, kam es zum offenen Bruch mit Moskau.

24 Gerhard Gnauck/Friedrich Schmidt, »In Richtung Schisma«, in: FAZ, 17.9.2018.

# Religiosität in der Bevölkerung

Als ein Hauptargument für die Auffassung, die ROK habe nur begrenzten Einfluss auf die Gesellschaft, dient der Hinweis auf die geringe Zahl aktiver Kirchgänger. In einer Analyse wird dies mit folgenden Worten umschrieben: »Religious revival in Russia has been unchurched.«<sup>25</sup> Dabei investierte bereits der Vorgänger des heutigen Kirchenführers, Aleksij II., der die ROK zwei Jahrzehnte lang bis 2009 leitete, Ressourcen in eine Verkirklichung (vocerkovlenie), die sich im Aufbau neuer Pfarrgemeinden und ihrer Ausstattung mit Priestern manifestierte. Allerdings stößt dieser Prozess bis heute an Grenzen, zum Beispiel was theologische und liturgische Kenntnisse in der Bevölkerung betrifft. Gleichwohl bezeichnen sich 71 Prozent der Bürger Russlands in Umfragen als orthodox (1991: 31 Prozent). In der Ukraine ist der Anteil noch höher und lag 2015 bei 78 Prozent (1991: 39 Prozent). Dabei sind 57 Prozent der befragten Russen der Auffassung, orthodox zu sein sei wichtig, um »wahrhaft russisch« zu sein. In der Ukraine schlugen 51 Prozent der im Jahr 2015 Befragten diese Brücke zwischen konfessioneller und nationaler Identifikation.<sup>26</sup>

Zur Religiosität in postkommunistischen Gesellschaften Osteuropas und Eurasiens haben Institute wie International Social Survey Programme (ISSP), New Russia Barometer und Caucasus Research Resource Center (CRRC) in Umfragen Daten erhoben. Das Pew Research Center, das Religiosität weltweit erforscht, hat zwischen Juni 2015 und Juni 2016 Umfragen in ehemals kommunistischen Ländern durchgeführt, in denen orthodoxe Kirchen und die katholische Kirche dominieren. Es wurden insgesamt 25 000 erwachsene Personen befragt. Dabei fiel auf, wie stark sich nationale und konfessionelle Zuordnung in Ländern mit christlich-orthodoxer Mehrheitsbevölkerung verschränken. In den orthodoxen Ländern wird zudem Nationalstolz und die Überlegenheit der eigenen Kultur über andere Kulturen in der Welt

stärker betont.<sup>27</sup> Allerdings besteht eine Diskrepanz zwischen dem nationalen Glaubensbekenntnis und der individuellen Beteiligung am kirchlichen Leben. Hier zeigt sich ein Unterschied zu anderen Regionen etwa in Nord- und Lateinamerika, Afrika und Asien, die vom Pew Research Center im Hinblick auf Religionsausübung analysiert wurden. Im Durchschnitt bekennt sich knapp ein Zehntel der orthodoxen Christen in den hier betrachteten Ländern zu regelmäßigem Kirchgang.

Besonders konservativ sind in den meisten untersuchten Ländern die Ansichten über Sexualmoral und Genderfragen. Die von Kirche und Staat in Russland geleiteten Attacken gegen die »westeuropäische Zivilisation« in puncto »Homosexualismus«, das heißt gegen die Rechtfertigung und angebliche Propagierung von Homosexualität,<sup>28</sup> kommen im orthodoxen Ausland gut an. In Russland selbst hat die Verfolgung sexueller Minderheiten zugenommen. 2013 wurde ein Gesetz zum »Verbot der Propaganda nichttraditioneller sexueller Beziehungen« verabschiedet, das Betroffene polizeilicher Willkür und wachsender Alltagsdiskriminierung aussetzte und besonders in der Teilrepublik Tschetschenien zu schweren Menschenrechtsverletzungen führte. Jüngst rügte der Antidiskriminierungsausschuss des Europarats in seinem Bericht politische und kirchliche Führer in Russland für Äußerungen, die Hass gegenüber diesen Personengruppen Vorschub leisten.<sup>29</sup>

<sup>27</sup> *Religious Belief and National Belonging in Central and Eastern Europe*, Washington, D.C.: Pew Research Center, 19.5.2017, <<http://www.pewforum.org/2017/05/10/religious-belief-and-national-belonging-in-central-and-eastern-europe/>> (Zugriff Dezember 2018).

<sup>28</sup> Siehe dazu Alena Alshanskaya, *Der Europa-Diskurs der Russischen Orthodoxen Kirche (1996–2011)*, Frankfurt a. M. u. a.: Peter Lang, 2016 (Erfurter Studien zur Kulturgeschichte des Orthodoxen Christentums, Bd. 12), S. 103.

<sup>29</sup> »Europarat wirft Russland Homophobie vor«, in: *Spiegel Online*, 5.3.2019, <<http://www.spiegel.de/politik/ausland/europarat-ruengt-russland-wegen-schwulen-und-lesbenfeindlichkeit-a-1256266.html>> (Zugriff April 2019).

<sup>25</sup> Freeze, *Russian Orthodoxy and Politics in the Putin Era* [wie Fn. 9].

<sup>26</sup> Masci, *Split between Ukrainian, Russian Churches* [wie Fn. 8].

Zudem nehmen die meisten Glaubensgemeinden im ostkirchlichen Bereich eine konservative Haltung gegenüber Modernisierung im Sinne politischer Transformation ein. Eine Ausnahme bildet hier zurzeit Armenien, wo sich auch Priester an der »samtenen Revolution« im Frühjahr 2018 beteiligten, die sich gegen die alte Machtelite richtete. Gemeinsam mit einigen Nichtregierungsorganisationen und Kirchenvertretern aus der Diaspora forderten sie den Rücktritt des Patriarchen Karekin II., der sich nach ihrer Auffassung zu sehr mit der herrschenden Oligarchie eingelassen hat. Schon 2011 hatte ein führender Vertreter des armenischen Diaspora-Klerus, Katholikos Aram I. von Kilikien, »innere Blutungen« in Armenien beklagt, die sich aus seiner Sicht in hoher Auswanderung, Armut, Korruption und Frustration in der Bevölkerung zeigten. Deshalb hatte er von der Armenischen Apostolischen Kirche verlangt, eine kritischere Haltung gegenüber der Regierung in Eriwan zu vertreten.<sup>30</sup> Die ROK wiederum hält sich mit Kritik an der russischen Machtelite zurück. So wahrte sie Stillschweigen angesichts der Demonstrationen, die im März 2017 in mehreren Städten Russlands gegen Korruption in Regierungskreisen stattfanden.<sup>31</sup> Während die Kirche gern auf Missstände in der westlichen Welt hinweist, schweigt sie sich über soziale Ungerechtigkeit, Korruption und politische Fehlentwicklungen im »heiligen Russland« eher aus.<sup>32</sup>

**30** Uwe Halbach, *Religion und Nation, Kirche und Staat im Südkaukasus*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Oktober 2016 (SWP-Studie 18/2016), S. 11.

**31** Sergei Chapnin, »The Russian Orthodox Church: Profiting by Silence«, *Public Orthodoxy*, 30.3.2017, <<https://publicorthodoxy.org/2017/03/30/russian-church-protests-silence/>> (Zugriff Dezember 2018).

**32** »The Russian Orthodox Church still gives little attention to unjust social structures that contribute to poverty, broken families, social delinquency, drug and alcohol abuse, and other social crises. The Church's criticism of Western ideologies of success and consumption has not yet yielded to closer analysis of state and social policies and arrangements in Russia that undermine the moral and spiritual foundations of Russian society.« Burgess, *Holy Rus'* [wie Fn. 9], S. 107.

# Die Kirche und russische bzw. russländische Identität

Kirche und Staat kooperieren auf einem ideologischen Feld, das als Orthodoxie bezeichnet wird. Selbst kirchliche Sprecher definieren sie nicht rein theologisch, sondern auch mit Hilfe kultureller Kategorien. Im Diskurs von Kirche und Staat nimmt das Thema zivilisatorische Identität und Einzigartigkeit Russlands eine zentrale Stellung ein. Zu dieser zivilisatorischen Dimension äußert sich Sergej Karaganow, Dekan der Moskauer Hochschule für Internationale Ökonomie und Außenpolitik: »Die Ideologie, auf die es [Russland, d. Verf.] sich bezieht, basiert auf russischer Kultur und Zivilisation. Sie ist nicht auf Export ausgerichtet.«<sup>33</sup> Doch die politische und kulturelle Orientierung an konservativ-traditionellen Werten soll durchaus auch Außenwirkung entfalten. Sie wendet sich gegen die Verbreitung liberaler westlicher Normen und richtet sich dabei gezielt an Adressen im Ausland, nicht nur im sogenannten nahen Ausland im postsowjetischen Raum, sondern auch in europäischen Ländern, in denen antiliberaler, rechtspopulistischer Kräfte in den letzten Jahren an Boden gewonnen haben.

## **Im Diskurs von Kirche und Staat nimmt das Thema zivilisatorische Identität und Einzigartigkeit Russlands eine zentrale Stellung ein.**

In einer Analyse zu ideologischen Positionen der Regierung in Russland hebt der Politologe Grigori Golosow von der Europäischen Universität in St. Petersburg Unterschiede bei der Nutzung von Ideologie in der Innen- und Außenpolitik hervor. Die Regierung vermeide es, sich zu den wichtigsten Themen in der innenpolitischen Agenda ideologisch festzulegen. Hier vermischen sich Aussagen zu

<sup>33</sup> Sergei Karaganov, »The West's Unilateral Cold War«, *Project Syndicate*, 20.3.2018, <<https://www.project-syndicate.org/commentary/west-and-russia-no-new-cold-war-by-sergei-karaganov-2018-03>> (Zugriff Dezember 2018).

Reformbedarf und Stabilitätswahrung, während die Tonlage auf der außenpolitischen Agenda schärfer ist: »Die Rhetorik ... konzentriert sich darauf, ein Feindbild vom Westen aufzubauen.«<sup>34</sup> Andrej Kolesnikow vom Moskauer Carnegie Center spricht in einer Analyse zu Präsident Putins Agenda von »impoverished ideology«, in der ein autoritärer Staat die Funktion einer »höheren moralischen Autorität« durch Abgrenzung von einem »amoralischen« Westen übernehmen will.<sup>35</sup>

In dieser Abgrenzung liegt eine Schnittstelle zwischen Äußerungen aus kirchlichen und staatlichen Kreisen. Allerdings kommt sie in der Gesellschaft nicht auf breiter Basis an. Diese Einschätzung wird durch eine Umfrage gestützt, die das Meinungsforschungszentrum Levada im April 2018 unter 1600 erwachsenen russischen Staatsbürgern aus 52 Regionen durchführte: Auf die Frage, wie sich Russland gegenüber westlichen Staaten verhalten solle, antworteten 54 Prozent der Befragten mit »Stärkung der Beziehungen zu Ländern im Westen« und 28 Prozent mit »Distanzierung«, 19 Prozent waren unentschieden. Die Zustimmung zur Verbindung mit dem Westen war vor der Ukraine-Krise von 2014 allerdings noch stärker ausgeprägt.<sup>36</sup>

Kirche und Staat arbeiten zusammen, wenn es um die Stärkung des Patriotismus geht. Seit 2001 etwa hat die Regierung Fünfjahresprogramme für »patriotische Erziehung« verabschiedet. Das bisher letzte, für 2016 – 2020 gültige Programm ist dabei am ausfüh-

<sup>34</sup> Grigori V. Golosov, »Die ideologischen Positionen der Regierung und der Opposition in Russland«, in: *Russland-Analysen*, (18.5.2018) 355, S. 2 – 5.

<sup>35</sup> Andrei Kolesnikov, *Permanent Stagnation: Putin's Invisible Fourth-Term Agenda*, Moskau: Carnegie Moscow Center, 20.4.2018, <<https://carnegie.ru/commentary/76103>> (Zugriff Dezember 2018).

<sup>36</sup> Levada-Centr, *Rossija-Zapad* [Russland-Westen], Moskau, 14.5.2018, <<https://levada.ru/2018/05/14/rossiya-zapad-2/>> (Zugriff Dezember 2018).

lichsten. Im Mittelpunkt steht die Ausbildung von Lehrern und Professoren für diese Aufgabe, in die auch Veteranenverbände und der Klerus einbezogen sind.<sup>37</sup> Die Föderale Agentur für Angelegenheiten der Jugend legte 2018 der Regierung einen Bericht vor, wonach die patriotische Stimmung in der Gesellschaft seit 2008 und die Zahl der speziell für Mobilisierung auf diesem Feld trainierten Aktivisten beträchtlich gestiegen sei.<sup>38</sup>

Patriotismus bezieht sich in Russland auf einen Staat und eine Gesellschaft mit ethnischer und konfessioneller Vielfalt. Deshalb wird dieser Patriotismus mit dem Attribut »russländisch« (rossijskij) belegt, da sich »russisch« (russkij) lediglich auf die russische Sprache und Ethnie bezieht. Allerdings hat sich unter Präsident Putin die Betonung des Russentums verstärkt. In einem Artikel von 2012 zur nationalen Frage beschreibt er Russland zwar als Vielvölkerstaat, hebt dabei aber das russische Volk als das eigentliche staatsbildende Element und die russische Kultur als »Kern und Bindegewebe dieser Zivilisation« hervor. »Damit war der Ton für Putins dritte Amtszeit gesetzt, in der immer öfter vom »russischen Wesen« die Rede war.«<sup>39</sup> Die ROK beteiligt sich an der patriotischen Präsentation der Geschichte dieser Großmacht, die verschiedene Volksgruppen und Glaubensgemeinschaften umspannt.<sup>40</sup> Der ethnischen und konfessionellen Vielfalt begegnen Kreml und Patriarchat mit der Aufforderung zum Zusammenhalt. »Einheit« lautet die Parole, die hier zur Geschichte und Gegenwart Russlands erklingt. Dieses Einheits-Narrativ bestimmte im Jahr 2017 die Haltung gegenüber dem 100. Jahrestag der Februar- und der Oktoberrevolu-

tion. Heute ist der Begriff Revolution sowohl im kirchlichen als auch im staatlichen Sprachgebrauch äußerst negativ besetzt. So zog der Moskauer Patriarch eine Parallele zwischen den Ereignissen in Russland 1917 und in der Ukraine 2013/14. »Die schrecklichen Bilder des dortigen Aufstands« – in Anspielung auf den Euro-Maidan in Kiew –, »das Volk in geistiger Verwirrung – all das hilft ein wenig zu verstehen, was damals in Russland passiert ist.«<sup>41</sup> Die Aufgabe, die gesamte Gesellschaft mit Russlands Geschichte zu versöhnen, setzte einer kritischen Auseinandersetzung mit dem Revolutionsjahr 1917 Grenzen. So distanzierte sich die ROK vom Eifer ihrer Glaubensbrüder in der orthodoxen Auslandskirche, die dazu aufgerufen hatten, »die Geschichte von Lenin zu reinigen«.<sup>42</sup> Hier stehe die Einheitswahrung auf dem Spiel, da doch in der Revolution, im Bürgerkrieg, im Stalinismus eine klare Trennung von Opfern und Tätern kaum möglich sei. In ein und derselben Familie konnten Mitglieder auf beiden Seiten der Barrikaden stehen. Deshalb konnten Täter von gestern später zu Opfern werden.<sup>43</sup>

Was Rückgriffe auf die Geschichte in Russland betrifft, wird in westlichen Analysen vor allem auf die Bedeutung verwiesen, welche die russische Bevölkerung dem Großen Vaterländischen Krieg und dem darauf folgenden Aufstieg der Sowjetunion zur Weltmacht zumisst. Bei der Behandlung des Stalinismus drängen diese Themen den »großen Terror« in den Hintergrund. Auch die Kirche unterstützt dies, obwohl ihre Priester dem bolschewistischen und stalinistischen Terror in großer Zahl zum Opfer gefallen sind und in nachsowjetischer Zeit zu Märtyrern erklärt wurden.

Doch der historische Revisionismus greift auch in die vorsowjetische Vergangenheit zurück. Besonders die spätimperiale Periode unter dem Zaren Alexander III. (1881 – 1894) kommt hier zur Geltung. Im November 2017 reiste Präsident Putin auf die von Russland annektierte Krimhalbinsel, um ein Denkmal für diesen Zaren einzuweihen. Dabei pries er ihn für seinen Einsatz für »nationale Traditionen«. Der Zar habe fest daran geglaubt, »dass es für eine große Nation ent-

37 International Crisis Group, *Patriotic Mobilisation in Russia*, Moskau/Brüssel, 4.7.2018 (Europe Report Nr. 251), S. 2f, zur Rolle der Kirche S. 16f.

38 »Daily Reports on »Patriotism« Growth in Russia«, *BBC Monitoring Global Newslines – Former Soviet Union*, 26.8.2018.

39 Helge Blakkisrud/Zaur Gasimov, »Tradition, Nation und der böse Westen. Putin, Erdoğan und die Legitimation ihrer Herrschaft«, in: *Osteuropa*, 68 (2018) 10 – 12, S. 131 – 146 (133); siehe auch Guzel Yusupova, »Why Ethnic Politics in Russia Will Return«, *PONARS Eurasia*, März 2019 (Policy Memo Nr. 584), <[http://www.ponarseurasia.org/sites/default/files/policy-memos-pdf/Pepm582\\_Yusupova\\_March2019\\_0.pdf](http://www.ponarseurasia.org/sites/default/files/policy-memos-pdf/Pepm582_Yusupova_March2019_0.pdf)> (Zugriff April 2019).

40 Katja Richters, »Die Russische Orthodoxe Kirche zwischen Patriotismus und Nationalismus«, in: *Ost-West Europäische Perspektiven*, (2010) 1, S. 39 – 47, <<https://www.owep.de/artikel/42/russische-orthodoxe-kirche-zwischen-patriotismus-und-nationalismus>> (Zugriff Dezember 2018).

41 Zitiert in Margarete Zimmermann, »Einheit und Versöhnung. Die Orthodoxe Kirche und die Erinnerung an die Revolution«, in: *Osteuropa*, 67 (2017) 6 – 8, S. 259 – 272 (264).

42 Lev Gudkov/Natalija Zorkaja, »Instrumentalisieren, Klittern, Verdrängen. Russlands unerwünschtes Revolutionsjubiläum«, in: *Osteuropa*, 67 (2017) 6 – 8, S. 19 – 42.

43 Zimmermann, »Einheit und Versöhnung« [wie Fn. 41], S. 266.

scheidend ist, ihre Identität zu wahren, dass jede Bewegung vorwärts unmöglich ist ohne Respekt für die eigene Geschichte und Kultur und die eigenen spirituellen Werte«. Igor Torbakow von der Universität Uppsala vergleicht die Vorliebe Putins für diesen Zaren mit dem historischen Revisionismus in der Türkei unter dem Machthaber Erdoğan, der von den 36 Sultanen der osmanischen Geschichte besonders Abdulhamid II. (1876–1909) als »frommen Autokraten« und Förderer panislamischer Ideologie bevorzugt. Sowohl in Moskau als auch in Ankara wende sich der jeweilige Staatsführer einer »sakralen Geographie untergegangener Imperien« zu.<sup>44</sup> Auch der Aufstieg eines Neo-Kosakentums, das zum Teil in die staatlichen Sicherheitsdienste einbezogen wird, zeugt von einem Rückgriff in die imperiale Vergangenheit Russlands, der über die sowjetische Ära hinausreicht. Die distinkten Merkmale sind hier Orthodoxie und großrussischer Patriotismus.<sup>45</sup> Allerdings fordern Kosaken mit ihren Autonomiebestrebungen auch staatliche und kirchliche Stellen heraus. Die Debatte über Eigenständigkeit in der orthodoxen Ökumene hat zum Beispiel in einigen Kosakenverbänden in Russland und der Ukraine die Forderung nach eigenen unabhängigen Kirchenstrukturen angeregt.

Das prominenteste geschichtspolitische Projekt, das von Patriarchat und Kreml gefördert wird, ist der Multimedia-Park »Russland – Meine Geschichte«, der in Moskau und 16 weiteren Städten eingerichtet wurde. Ein Kulturrat des Patriarchats setzte sich aktiv für dieses Projekt ein, das die Russlandexperte Marlène Laruelle als »einzigartige Kombination einer konservativen Lesart russischer Geschichte mit hochmoderner medialer Übertragung« bezeichnet.<sup>46</sup>

<sup>44</sup> Igor Torbakov, »Royal Role Models: Historical Revisionism in Russia and Turkey«, *Eurasianet*, 16.1.2018, <<https://eurasianet.org/royal-role-models-historical-revisionism-in-russia-and-turkey>> (Zugriff Dezember 2018).

<sup>45</sup> Jolanta Darczewska, *Putin's Cossacks. Folklore, Business or Politics?*, Warschau: Ośrodek Studiów Wschodnich (Centre for Eastern Studies), Dezember 2017 (Point of View Nr. 68), <[https://www.osw.waw.pl/sites/default/files/pw\\_68\\_putin\\_cossacks\\_net\\_0.pdf](https://www.osw.waw.pl/sites/default/files/pw_68_putin_cossacks_net_0.pdf)> (Zugriff Dezember 2018).

<sup>46</sup> Marlène Laruelle, »The Russian Orthodox Church's Conquest of the History Market«, *PONARS Eurasia*, 7.6.2018, <<http://www.ponarseurasia.org/point-counter/russian-orthodox-churchs-conquest-history-market>> (Zugriff Dezember 2018).

# Die Kirche als außenpolitischer Akteur

Das kirchliche Außenamt kooperiert mit dem Außenministerium. Eine gemeinsame Arbeitsgruppe legt die Schwerpunkte der Zusammenarbeit fest, etwa jener zwischen den Hochschulen des diplomatischen Dienstes und der Postgraduiertenschule der ROK. Aber auch hier sind die Interessen und Agenden von Kirche und Staat nicht deckungsgleich.<sup>47</sup> Zwei Raumkonstruktionen markieren die außenpolitische Dimension, in der sich staatliche und kirchliche Agenden verschränken: das viel diskutierte Konstrukt der »Russischen Welt« (Russkij Mir) und das »kanonische Territorium« als Zuständigkeitsbereich der Kirche.<sup>48</sup> Beide Raumbegriffe reichen über Russland hinaus. Als sich 2018 eine eigenständige und geeinte ukrainische Kirche vom Moskauer Patriarchat lossagte, forderte dies sowohl das kanonische Territorium der ROK als auch das Konstrukt der Russischen Welt heraus. Jetzt könnte, so einige Medienkommentare, der Zerfall der Sowjetunion auf kirchlichem Gebiet nachgeholt werden. Die Russische Welt stellt eine »diffuse mentale Landkarte« dar.<sup>49</sup> Gerade der diffuse Charakter verschafft diesem Konzept Flexibilität, da sein Referenzbereich »je nach Gegebenheiten unterschiedlich eingesetzt und verwendet werden kann«.<sup>50</sup>

47 Elsner, »Bedingt einsetzbar« [wie Fn. 9], S. 211 – 213.

48 Das Statut über das kanonische Territorium ist auf der Webseite des Moskauer Patriarchats einzusehen: *Ustav Russkoj Pravoslavnoj Cerkvi*, <<http://www.patriarchia.ru/db/text/133115.html>> (Zugriff Dezember 2018). Zu dem Statut siehe Johannes Oeldemann, »Das Konzept des kanonischen Territoriums in der Russischen Orthodoxen Kirche«, in: *Der Christliche Osten*, (2006) 2, S. 92 – 98.

49 Thomas Bremer, »Diffuses Konzept. Die Russische Orthodoxe Kirche und die »Russische Welt««, in: *Osteuropa*, 66 (2016) 3, S. 3 – 18 (4).

50 Ebd.; zu »Russkij Mir« siehe auch Marlene Laruelle, *The »Russian World«. Russia's Soft Power and Geopolitical Imagination*, New York: Center on Global Interests, 2015; Zaur Gasimov, »Idee und Institution. »Russkij mir« zwischen kultureller Mission und Geopolitik«, in: *Osteuropa*, 62 (2012) 5, S. 62 – 80.

Das Konzept wurde in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre von einem politikwissenschaftlichen und philosophischen Autorenkreis entwickelt. Er griff dabei auf russische Philosophen aus dem 19. Jahrhundert zurück, die Russland als einzigartige Zivilisation präsentieren. In der Kreml-Führung setzte sich das Konzept zunächst nur zögerlich durch. Präsident Putin erwähnte es erstmals 2001 vor dem ersten Weltkongress der Landsleute im Ausland: »Der Begriff der Russischen Welt erstreckt sich weit über Russlands geographische Grenzen und auch weit über die Grenzen russischer Ethnizität.«<sup>51</sup> Aus Sicht der ROK wurde das Konzept »als Antwort auf die Globalisierungsprozesse, die die kulturell-nationalen Identitäten bedrohen, und auf die Situation der Identitätssuche nach dem Zerfall der Sowjetunion entwickelt«.<sup>52</sup>

## **In den Konzepten »Russische Welt« und »kanonisches Territorium« verschränken sich außenpolitische Agenden des Staates und der Kirche in Russland.**

Der Staat hat das Konzept gefördert, indem er eine Reihe von Organisationen schuf, darunter der Weltkongress der Landsleute, das Weltweite Russische Volkskonzil und die Stiftung Russische Welt. Kirchliche Repräsentanten wurden in solche Organisationen einbezogen, so der Moskauer Patriarch Kirill als Vorsitzender des Volkskonzils. Besonders hervorzuheben ist die Stiftung Russische Welt, die 2007 durch ein Dekret Präsident Putins gegründet wurde. Sie unterhält ein Netzwerk von Filialen im Ausland – in Deutschland gibt es Zentren in Berlin, Hamburg, Mainz, Dresden und Nürnberg. Ihr Schwerpunkt ist die Verbreitung russischer Sprache und Kultur, was

51 Zitiert in Laruelle, *The »Russian World«* [wie Fn. 50], S. 6.

52 Alshanskaya, *Der Europa-Diskurs der Russischen Orthodoxen Kirche* [wie Fn. 28], S. 291.

sie mit kultur- und außenpolitischen Einrichtungen in anderen Ländern vergleichbar macht, wie dem Goethe-Institut, dem Institut Français und dem British Council. 2009 trat die Kirche der Stiftung offiziell bei. Metropolit Hilarion (Alfejew), der amtierende Außenbeauftragte der ROK, wurde Mitglied im Stiftungsvorstand, und Patriarch Kirill trat auf mehreren Veranstaltungen der Stiftung auf. Für die Kirche ist vor allem ein historisches Feld relevant, auf das sich das Konzept der Russischen Welt bezieht: die Heilige Rus, das ostslawische orthodox-christliche Gebiet, zu dem neben Russland die Ukraine und Belarus gezählt werden. Auch Präsident Putin verwies wiederholt darauf, etwa wenn er vom »gemeinsamen Taufbecken am Dnjepr« sprach. So wird die Christianisierung der Kiewer Rus im Jahr 988 zum konstitutiven Merkmal der Russischen Welt erhoben.<sup>53</sup>

Zugleich reicht diese über das ostslawische Gebiet hinaus in andere Teile des postsowjetischen Raumes und des fernen Auslands, in denen Russen und Russischsprachige leben. Nach der Annexion der Krim 2014 verstärkte sich in Russlands nahem Ausland von Belarus bis Kasachstan die Tendenz, den Terminus Russkij Mir im Sinne eines russischen neoimperialen Irredentismus zu verstehen. Dabei betonten die kirchlichen Vertreter allerdings, dass sie die bestehenden staatlichen Grenzen akzeptieren und dass die historischen und kulturellen Verbindungen aus dem Erbe der Heiligen Rus die Souveränität der Nachbarländer nicht in Frage stellen. Bei einem Besuch in Minsk 2009 bekräftigte Patriarch Kirill kurz nach seinem Aufstieg an die Spitze der Kirchenleitung: »Die Heilige Rus, die unser historisches Erbe ist, verwirklicht sich heute in verschiedenen Staaten.«<sup>54</sup>

Beide Raumkonstruktionen kommen in der Haltung zur Sowjetunion zum Ausdruck. Zwar bedauern Kirche und Staat nicht den Untergang des Kommunismus, aber doch die Auflösung dieses »Bundesstaates«. So heißt es in der kirchlichen Sozialkonzeption: »Die neueste Geschichte hat gezeigt, dass die Auflösung

Eurasiens in verschiedene Staaten eine künstliche Trennung zwischen Völkern, Familien und wirtschaftlichen Gemeinschaften hervorgerufen hat und in der Auslagerung verschiedener ethnischer, religiöser und sozialer Gruppen resultierte, was vom Verlust ihrer heiligen Stätten begleitet war.«<sup>55</sup> 2005 tat Putin dann seinen berühmten Ausspruch vom Zerfall der Sowjetunion als der größten geopolitischen Katastrophe des 20. Jahrhunderts. Beide Seiten befürworteten zwar nicht die Wiederherstellung der Sowjetunion, aber Integrationsprozesse im postsowjetischen Raum unter russischer Führung. Darüber hinaus stehen beide für ein Russland ein, das als Großmacht auf der Weltbühne agiert, und können sich dabei großer Zustimmung in der Bevölkerung sicher sein. Laut einer Meinungsumfrage vom Mai 2002, also schon in der frühen Putin-Ära, sprachen sich 76 Prozent der Befragten dafür aus, dass ihr Land »die Rolle einer Großmacht anstreben soll«.<sup>56</sup> In der Folgezeit wurde diese Option mit dem außenpolitischen Ausgreifen Russlands weit über den Handlungsraum einer Regionalmacht hinaus bestärkt. Die Russische Welt steht in diesem Kontext für eine Statusbehauptung, mit der Russland sich in der geopolitischen Konkurrenz mit westlichen Akteuren positioniert. Dabei ist seine »soft power«, die zum Beispiel an Sprachzugehörigkeit appelliert, heute aber eher geschwächt als gestärkt. Der Status der russischen Sprache als *lingua franca* im nahen Ausland tritt zunehmend hinter lokale Sprachen und Fremdsprachen wie Englisch zurück.<sup>57</sup> Auch die Zahl der ethnischen Russen und Russischsprachigen, die es aus offizieller Sicht zu schützen gelte, ist hier rückläufig. Eine Region wie den Südkaukasus kann Moskau mit dem Begriff Russkij Mir kaum noch ansprechen. Der Anteil der dort lebenden ethnischen Russen an der Bevölkerung ist auf knapp drei Prozent gesunken.

53 Zum 1030. Jahrestag der Taufe am Dnjepr erklärte Putin am 28. Juli 2018 vor der Kreml-Kathedrale in Moskau: »Die Taufe war der Ausgangspunkt für die Entwicklung russischer Staatlichkeit, die wahre spirituelle Geburt unserer Ahnen, die Bestimmung ihrer Identität, die Hochzeit nationaler Kultur und Bildung ebenso für die Entwicklung vielfältiger Beziehungen zu anderen Ländern.« Zitiert in »Putin Hails the ›Spiritual Legacy‹ of Baptism of Rus«, *BBC Monitoring Global Newslines – Former Soviet Union*, 29.7.2018.

54 Zitiert in Alshanskaya, *Der Europa-Diskurs der Russischen Orthodoxen Kirche* [wie Fn. 28], S. 288.

55 Richters, *The Post-Soviet Russian Orthodox Church* [wie Fn. 9], Zitat S. 29.

56 Ebd., S. 32.

57 Andrej Krickovic, »Russia's Challenge: A Declining Power's Quest for Status«, *PONARS Eurasia*, Oktober 2018 (Policy Memo Nr. 543), S. 3.

# Feindbild Westen

Je stärker staatliche und kirchliche Akteure sich von einer westzentrierten Weltordnung abgrenzten, desto mehr näherten sich ihre ideologischen Aussagen einander an. Der Westen als die »andere Welt« ist im theologisch-philosophischen Diskurs der Orthodoxie historisch verwurzelt.<sup>58</sup> Auch in der nachsowjetischen Periode hatte die ROK Europa Verrat an seinen christlichen Wurzeln, mehr noch, Christianophobie vorgeworfen, lange bevor sich der neue Konflikt zwischen Russland und dem Westen verschärfte.

Im Juni 2007 nahm das Außenamt der ROK Stellung zum Weißbuch des Europarats zum interkulturellen Dialog und kritisierte die Prinzipien und Werte der Europäischen Menschenrechtskonvention und anderer Rechtsdokumente des Europarats. Anstoß nahm sie unter anderem an Passagen, die strenge gesetzliche Regeln einfordern gegen »Hassreden sowie rassistische, ausländerfeindliche, antisemitische, islamfeindliche und intolerante Äußerungen gegenüber Roma oder andere Äußerungen, die zu Hass oder Gewalt anstacheln«. Hier fehle Christianophobie unter den zu verbietenden Arten von Diskriminierung.<sup>59</sup> Patriarch Kirill erklärte in einem Interview vor dem orthodoxen Weihnachtsfest im Januar 2016: »Heute sind die Christen die am schlimmsten verfolgte religiöse Gemeinschaft. Nicht nur dort, wo es den Zusammenprall mit dem islamischen Extremismus gibt, sondern auch an vielen anderen Orten, einschließlich dem glücklichen Europa.« In Europa würden »Paraden sexueller Minderheiten« begrüßt, aber eine Demonstration französischer Christen zur Ver-

teidigung der Familienwerte sei von der Polizei auseinandergetrieben worden.<sup>60</sup>

Diesem Stereotyp stehen freilich unterschiedliche religiöse Verhältnisse in Europa entgegen, und wenn der Westen im weiteren Sinne gemeint ist, auch die religiöse Situation in den USA. Gut 40 Prozent der US-Bürger bekunden, dass sie regelmäßig zur Kirche gehen, weitaus mehr als in Russland. Mit ihrem Vorwurf der Familienfeindlichkeit ignorieren kirchliche und regierungsnahen Kommentatoren in Russland, dass die Politik in europäischen Ländern trotz liberaler Haltung gegenüber nichttraditionellen sexuellen Orientierungen nach wie vor die traditionelle Familie unterstützt. Die Diagnose des sittlichen Verfalls Europas wird bis ins Absurde übertrieben.<sup>61</sup> Menschenrechtliche Argumente gegen häusliche Gewalt werden indes zurückgewiesen, so von Bischof Tichon.<sup>62</sup> Dabei beklagen Menschenrechtsaktivisten in Russland einen Anstieg solcher Gewalt, besonders nachdem 2017 einschlägige Delikte von Straftaten zu Ordnungswidrigkeiten herabgestuft wurden.<sup>63</sup>

Nicht zu unterschätzen ist die propagandistische Wirkung des Stereotyps einer westlichen Welt, die sich ihrer kulturellen Wurzeln und traditionellen

**58** Siehe hierzu Thomas Bremer, »Der ›Westen‹ als Feindbild im theologisch-philosophischen Diskurs der Orthodoxie«, in: *Europäische Geschichte Online (EGO)*, 19.3.2012, <<http://ieg-ego.eu/de/threads/modelle-und-stereotypen/der-westen-als-feindbild/thomas-bremer-der-westen-als-feindbild-im-theologisch-philosophischen-diskurs-der-orthodoxie>> (Zugriff Dezember 2018); Elsner, *Die Russische Orthodoxe Kirche* [wie Fn. 9], S. 175–180.

**59** Alshanskaya, *Der Europa-Diskurs der Russischen Orthodoxen Kirche* [wie Fn. 28], S. 102.

**60** Zitiert in Joachim Willems, »Die Rückgewinnung der Ideologie«, in: *FAZ*, 16.8.2016, <<http://www.faz.net/aktuell/politik/die-gegenwart/russisch-orthodoxe-kirche-haelt-kampf-gegen-westen-fuer-begruendet-14376319.html>> (Zugriff Dezember 2018).

**61** Alshanskaya, *Der Europa-Diskurs der Russischen Orthodoxen Kirche* [wie Fn. 28], S. 224.

**62** »Ich bin Priester. Zu mir kommen Tausende Leute, doch in 25 Jahren habe ich nur einmal von einem grausamen Umgang mit einer Frau gehört. Gelegentlich erzählt mir ein Vater oder eine Mutter bei der Beichte, er oder sie hätten einem Kind, das extrem ungehorsam war, einen Klaps versetzt. Das als häusliche Gewalt zu bezeichnen, halte ich für idiotisch, obwohl man in Europa dafür ins Gefängnis kommen kann.« Zitiert in Holm, »Ein Gespräch mit Bischof Tichon« [wie Fn. 12].

**63** »Kremlin Dismisses Human Rights Watch Domestic Abuse Report«, *BBC Monitoring Global Newline – Former Soviet Union*, 1.1.2018.

Familienwerte entfremdet. So sind in einigen Ländern Ostmittel- und Südosteuropas Kräfte in Führungspositionen gelangt, die einer kulturell-religiös gefärbten antiliberalen Propaganda aufgeschlossen gegenüberstehen.

# Die Verbindungen der ROK zu internationalen Organisationen

Seit Ende der 1990er Jahre hat die Russische Orthodoxe Kirche Kontaktstellen zu Organisationen wie der EU, dem Europarat und der OSZE geschaffen. Ein Hauptthema für die Kirche im europäischen Kontext war die bevorstehende Erweiterung der EU nach Osteuropa. Der damalige Leiter des kirchlichen Außenamtes, der heutige Patriarch Kirill, traf sich im Januar 1999 an der Spitze einer hohen kirchlichen Delegation in Brüssel mit dem Präsidenten des Europäischen Parlaments und dem EU-Außenkommissar, um über Fragen der orthodoxen Glaubensgemeinschaften in Europa zu sprechen.<sup>64</sup> Im Oktober 2002 richtete die ROK ihre Vertretung in Brüssel ein. Als Ansprechpartner galten Kommission und Parlament der EU sowie Europarat und Nato. Bei der Ausarbeitung des Verfassungsvertrags der EU reichten die Kirchen ihre Stellungnahme ein, darunter auch die ROK. In einem Brief an den Leiter des Verfassungskonvents, Valéry Giscard d'Estaing, warnte Metropolit Kirill im Februar 2003 vor der Gefahr einer Diktatur »materialistischer Ideologie auf Kosten der moralischen Werte«. Zudem nahm die ROK Stellung zum Entwurf des Verfassungsvertrags und monierte »historische Inkorrektheit« in der Präambel, denn dort würden zwar die antike Zivilisation und die Ideen der Aufklärung erwähnt, aber nicht das christliche Erbe.<sup>65</sup>

Die Vertretung der ROK in Brüssel stand in Kontakt mit der Ständigen Mission der Russischen Föderation bei der EU. Gemeinsam veranstalteten die beiden Vertretungen Konferenzen zur Situation russischsprachiger Bevölkerungsgruppen auf dem Gebiet der EU, zur Wertedimension der europäischen Integration und zu anderen Themen. Seit 2007 tagte jährlich ein Euro-

päisch-Russisches Forum. Hinzu kam der Ständige Partnerschaftsrat für Kultur EU-Russland, der in seiner gemeinsamen Erklärung zu den Prioritäten kultureller Zusammenarbeit »die Bedeutung der religiösen Dimension des kulturellen Dialogs« hervorhob.<sup>66</sup>

Zum Europarat, in dem Russland seit 1996 Mitglied ist, trat die ROK ebenfalls in Verbindung. 2004 entschied die Kirchenleitung, eine eigene Vertretung in Straßburg zu gründen, die in der Folgezeit mit der Vertretung der Russischen Föderation in der Parlamentarischen Versammlung des Europarats (PACE) kooperierte. Auch in diesem Kontext reagierte sie auf Resolutionen und Dokumente, die ihrer Ansicht nach zu einseitig auf liberale Normen und individuelle Freiheit ausgerichtet sind. Am Weißbuch des Europarats zum interkulturellen Dialog von 2008 kritisierte die ROK, es konzentriere sich zu sehr auf »bürgerliche, politische, soziale und kulturelle Rechte«, und beklagte die Vernachlässigung »des allgemeinen christlichen religiös-kulturellen Erbes Europas als Quelle einer paneuropäischen Identität«. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) sah sich ebenfalls wiederholt mit Beschwerden aus der ROK konfrontiert, und zwar wegen »einseitige[r] Auslegung der Individualrechte zum Nachteil kollektiver Rechte traditioneller religiöser Organisationen, die in der Geschichte und Kultur der europäischen Völker verankert sind«. <sup>67</sup> Hier geht die Kirche mit dem Kreml konform, der mit dem EGMR über Kreuz liegt. Russland und die Türkei sind die beiden Länder mit der höchsten Zahl an nicht umgesetzten Urteilen des Gerichtshofs in Straßburg. Laut einem Bericht des Ministerkomitees des Europarats für das Jahr 2018

64 Alshanskaya, *Der Europa-Diskurs der Russischen Orthodoxen Kirche* [wie Fn. 28], S. 60.

65 Ebd., S. 71.

66 Ebd., S. 85.

67 Ebd., S. 121.

harren in Russland knapp 1600 Fälle von Menschenrechtsverletzungen einer Lösung.<sup>68</sup>

Verbindungen knüpfte die ROK auch zur OSZE. So nahmen Vertreter der Kirche an den jährlichen Implementierungstreffen des Büros der OSZE für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (Office for Democratic Institutions and Human Rights, ODIHR) zu Fragen der menschlichen Dimension teil. Auch in diesem Rahmen brachten russische Kleriker ihren Vorwurf der Christianophobie ein. Das Büro reagierte mit der Forderung, die ROK möge klare Kriterien für die Beschreibung von Situationen benennen, die man als Verfolgung von Christen bezeichnen kann.<sup>69</sup>

Die Themen, die sich aus Stellungnahmen der ROK zu Europa und zur westlichen Zivilisation herausheben, stimmen zu einem erheblichen Teil mit dem Wertediskurs überein, den staatliche Stellen in Russland bedienen. Dazu gehört die Kritik an einer vom Westen dominierten »Globalisierung« und das Plädoyer für eine »multipolare Weltordnung«, die zivilisatorische Vielfalt respektiert und die einer angeblich monopolaren Welt unter Herrschaft eines »westlich-liberalen Zivilisationsstandards« entgegengesetzt wird.

Dabei wird europäische Integration nicht grundsätzlich negativ bewertet. Vielmehr richtet sich die Kritik gegen ihren angeblichen ideologischen Inhalt, den russische Kleriker mit dem Begriff »westeuropäischer postchristlicher Humanismus« umschreiben.<sup>70</sup> Sie beklagen, dass in den meisten internationalen Organisationen Russland und die osteuropäischen Länder orthodoxen Glaubens nicht mit dem Einfluss ausgestattet sind, welcher der Bedeutung der orthodoxen Zivilisation angemessen wäre. Diese Nichtteilhabe wird in einen historischen Kontext gestellt, so von Patriarch Kirill: »Alles wurde ohne uns gemacht. Ohne uns erfolgte die westeuropäische Renaissance des 16. Jahrhunderts. Fast ohne Teilnahme Russlands hat sich das Europa der Aufklärung herausgebildet. Und ohne die geringste Teilnahme Russlands voll-

zogen sich Reformation und die Französische Revolution mit ihrer bekannten Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte.«<sup>71</sup> Im gesamten Verlauf seiner Geschichte habe Europa nicht genug getan, um Russland in das eigene Projekt einzubinden – ein Vorwurf, den der Kreml besonders für die Zeit nach Ende des Kalten Krieges erhebt. Unerwähnt bleibt hier allerdings, dass die russische Kirche sich im Laufe ihrer eigenen Geschichte stets skeptisch gegenüber einer Modernisierung zeigte und damit einer Einbeziehung entzog.

68 Anastasija Kornja, »Rossija lidiruet po količestvu neispolnennyh rešenij ESPČ« [Russland führt bei der Zahl der nicht umgesetzten Urteile des EGMR], in: *Vedomosti*, 4.4.2019.

69 Alshanskaya, *Der Europa-Diskurs der Russischen Orthodoxen Kirche* [wie Fn. 28], S. 126.

70 Hilarion (Alfeyev), »Die russische Kirche und das sich vereinigende Europa: Perspektiven für ein Zusammenwirken«, in: *Ost-West Europäische Perspektiven*, (2005) 2, S. 83–88 (84).

71 Alshanskaya, *Der Europa-Diskurs der Russischen Orthodoxen Kirche* [wie Fn. 28], S. 193.

# Das Verhältnis zwischen russischer und islamischer Welt

Staat und Kirche in Russland stehen in dreifacher Hinsicht in Beziehung zur Welt des Islam: bei der Innenpolitik gegenüber der muslimischen Gemeinde, der zweitgrößten der vier traditionellen Religionen in der Russischen Föderation, bei der Ausrichtung russischer Außenpolitik an nichtwestlichen Staaten, in der Russland sich als Gegengewicht zu den USA in den internationalen Beziehungen und als Brücke zur islamischen Welt präsentiert, und bei der Bekämpfung eines islamistischen Extremismus, der sich auf die Pflicht zum Jihad beruft und für Russland eine sicherheitspolitische Herausforderung darstellt. Was diese Bedrohung anbelangt, bietet sich Kooperation mit westlichen Partnern an – sogar mit den USA, die für Moskau das bevorzugte Feindbild abgeben. So wies das russische Außenministerium im März 2018 auf geheimdienstliche Zusammenarbeit und häufige Kontakte zwischen Alexander Bortnikow, Leiter des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB, und Mike Pompeo hin, der vor seiner Berufung zum Außenminister durch Präsident Trump CIA-Chef war. Einen Anlass für Kooperation und Informationsaustausch bot zum Beispiel der Terroranschlag, den ein Usbeke im April 2017 in St. Petersburg verübte.<sup>72</sup>

## **Putin erhob die jahrhundertealte Koexistenz zwischen orthodoxen Christen und Muslimen zum Grundmerkmal der »einzigartigen Geschichte« Russlands.**

Auf der interkonfessionellen Ebene innerhalb Russlands bekräftigen offizielle kirchliche und staatliche Sprecher, wie wichtig der Zusammenhalt ist.

<sup>72</sup> »Moscow Says FSB Maintains Good Contacts with CIA«, *BBC Monitoring Global Newline – Former Soviet Union*, 23.3.2018.

Mehrmals erhob Präsident Putin die jahrhundertealte Koexistenz zwischen orthodoxen Christen und Muslimen zu einem Grundmerkmal der »einzigartigen Geschichte« seines Landes. Konfessionelle Konfliktlinien verlaufen nicht in erster Linie zwischen der ROK und den geistlichen Verwaltungen der Muslime, einem »Amtsislam«, der schon zu Zeiten Katharinas der Großen während der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts im Russischen Reich etabliert wurde. Zwischen den beiden gibt es Berührungsflächen bei der Abwehr von Missionsbestrebungen durch christliche Sekten und von islamistischen Einflüssen aus dem Ausland. Völlig konfliktfrei ist das Verhältnis zwischen der ROK und den drei übrigen traditionellen Religionsgemeinschaften allerdings nicht. Diese beklagen die Privilegien der ROK und deren Einmischung in Bereiche des öffentlichen Lebens als Versuch, Muslime, Juden und Buddhisten in die Position der »jüngeren Geschwister« zu versetzen.

Trotz xenophober Vorbehalte gegen Muslime aus dem Nordkaukasus und zentralasiatische Gastarbeiter befürwortete die Öffentlichkeit in Russland eine außenpolitische Ausrichtung auf die islamische Welt. Diese Orientierung verstärkte sich dann in Präsident Putins dritter Amtszeit deutlich. Schon bei einer Umfrage des Levada-Zentrums aus dem Jahr 2008 begrüßten 67 Prozent der Befragten den Ausbau von Beziehungen zu islamischen Staaten.<sup>73</sup> Die Vorstellung, Russland fungiere als Brücke zur islamischen Welt, erwuchs aus geopolitischen Konstrukten wie der Russischen Welt und dem Eurasianismus, die mit der Betonung traditioneller Werte nicht nur das orthodoxe Russland und Nachbarstaaten mit ostkirchlicher christlicher Überlieferung ansprechen, sondern

<sup>73</sup> Alicja Curanović, *The Religious Factor in Russia's Foreign Policy*, London/New York: Routledge, 2012, S. 195.

auch den traditionellen Islam in Eurasien. Darüber hinaus wurden Staaten in der weiteren islamischen Welt für Russland zu Partnern beim Aufbau einer »postwestlichen« Weltordnung.

Die religiösen Organisationen unterstützten diesen Brückenschlag – sowohl die geistlichen Verwaltungen der Muslime Russlands als auch die orthodoxe Kirche. Rawil Gainutdin, der Vorsitzende des Rates der Muftis der Russischen Föderation, begann eine Zusammenarbeit mit dem türkischen Klerus, stellte Kontakte zu islamischen Organisationen auf dem Balkan mit Besuchen in Albanien und Bosnien-Herzegowina her und beteiligte sich an russisch-iranischen Gesprächen. In den letzten Jahren profilierte sich vor allem der Republikführer Tschetscheniens, Ramsan Kadyrow, als Repräsentant der Muslime Russlands gegenüber dem islamischen Ausland.<sup>74</sup>

Weiterhin setzte sich die ROK für eine Annäherung an die islamische Weltorganisation OIC (Organisation of the Islamic Conference, heute: Organisation of Islamic Cooperation) ein, in die Russland 2005 als Beobachter eintrat. Außenminister Lawrow bezeichnete die Kooperation mit der OIC als relevanten Beitrag dazu, einen Zusammenprall der Zivilisationen zu verhindern.<sup>75</sup> Eine 1997 gegründete Kommission für Islam und Orthodoxie vermittelte Beziehungen Russlands zum Iran. Beide Seiten setzten sich für eine Kooperation zwischen neuen Machtzentren wie Moskau, Teheran, Beijing und Delhi ein, die der Dominanz der USA entgegentreten sollten, und plädierten für einen »Dialog der Zivilisationen«.<sup>76</sup>

Das Moskauer Patriarchat machte sich auch dafür stark, diplomatische Beziehungen zu den Golfstaaten zu entfalten. Erstmals wurden russische Kirchen auf der arabischen Halbinsel eröffnet, so im Jahr 2008 in Manama, der Hauptstadt Bahraïns. Besondere Beziehungen unterhielt der russische Klerus zu assyrischen Christengemeinden in Syrien und Irak. Repräsentanten dieser Glaubensgemeinschaft in Russland, rund 14 000 vor allem in Moskau und Krasnodar, appellierten an russische Stellen, die christliche Minderheit im Nahen Osten zu beschützen.<sup>77</sup> Dabei präsentiert sich

die ROK als Beschützer christlicher Gemeinden im Heiligen Land und im Nahen Osten seit 200 Jahren.

Was russische Mittelostpolitik und ihre Unterstützung durch die Kirche betrifft, hebt sich wiederum die dritte Amtsperiode Präsident Putins besonders hervor. In dieser Zeit hat sich Russland als ein Hauptakteur im Nahen und Mittleren Osten etabliert und dabei die Balance zwischen höchst gegensätzlichen regionalen Kräften gehalten.<sup>78</sup> Wohl kaum ein anderer externer Akteur brachte es fertig, seine Beziehungen zu untereinander verfeindeten Staaten wie Iran, Saudi-Arabien, Syrien und der Türkei sowie zu Palästina und Israel gleichermaßen auszubauen.

Syrien war zwar schon vorher zu einem Schlüsselpartner Moskaus im Nahen Osten und im Mittelmeerraum geworden, und die ROK war dabei als kultureller Vermittler behilflich gewesen. So hatte sie eine russisch-syrische Stiftung namens Spirituelles Erbe des Heiligen Apostels Paulus mitgegründet und eine russisch-orthodoxe Gemeinde in Aleppo gefördert. Doch seit 2012 intensivierte der Kreml seine Mittelostpolitik in einem Maße, das weit über die bisherigen Aktivitäten hinausreichte. Zuvor hatte Russland es vermieden, sich direkt an militärischen Konflikten in der Region zu beteiligen. Ende September 2015 griff es militärisch in die Kämpfe in Syrien ein. Die ROK unterstützte diese Intervention mit historischen Argumenten. Auch brutale Militäraktionen syrischer und russischer Verbände, bei denen zahlreiche Zivilisten ums Leben kamen, wie in Aleppo 2016 und in Ost-Ghouta 2018, wurden mit »dem Schutz von Christen in Syrien« gegen Terroristen legitimiert. Ohne diese Intervention, so Patriarch Kirill im staatlichen Fernsehsender Rossija 1 zum Weihnachtstag, dem 7. Januar 2018, hätte sich ein Szenarium wiederholt, wie es im Irak nach dem Sturz Saddam Husseins durch das Eingreifen der USA entstanden sei: »Die Klöster sind zerstört, die Kirchen gesprengt worden. 85 Prozent der Christen wurden entweder ausgerottet oder aus dem Irak vertrieben. Und das hätte auch in Syrien passieren können.«<sup>79</sup>

Während die ROK die Verbindung Russlands zum islamischen Ausland schon seit den 1990er Jahren

74 Uwe Halbach, *Tschetscheniens Stellung in der Russischen Föderation. Ramsan Kadyrows Privatstaat und Wladimir Putins föderale Machtvertikale*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, März 2018 (SWP-Studie 1/2018), S. 27–29.

75 Curanović, *The Religious Factor in Russia's Foreign Policy* [wie Fn. 73], S. 211.

76 Ebd., S. 206f.

77 Ebd., S. 210.

78 Mark N. Katz, *Support Opposing Sides Simultaneously: Russia's Approach to the Gulf and the Middle East*, Doha: Al Jazeera Centre for Studies, 23.8.2018 (Reports).

79 »Russia Helped to Protect Christians in Syria, Patriarch Kirill Says«, *Al-Masdar News*, 7.1.2018, <<https://mobile.almasdarnews.com/article/russia-helped-protect-christians-syria-patriarch-kirill-says/>> (Zugriff Dezember 2018).

unterstützt, betätigt sie sich erst seit kurzem in einem anderen essentiellen Bereich russischer Außenpolitik. Es geht um die Zusammenarbeit mit China im Rahmen eines Großeurasien-Programms, bei dem Moskau mit Beijing in Wirtschafts- und Transitprojekten kooperiert. Im Jahr 2015 wurde mit Erlaubnis der Kommunistischen Partei Chinas der erste orthodoxe Priester in China seit 60 Jahren geweiht, ein ehemaliger Banker aus Harbin namens Yu Shi. Nun will das Moskauer Patriarchat den Kontakt verstärken und entsandte im Mai 2015 seinen »Außenminister«, Metropolit Hilarion, zu einem Treffen mit den Leitern der Staatlichen Verwaltung für religiöse Angelegenheiten Chinas. Schon 2013 hatte Präsident Xi Patriarch Kirill im Volkspalast in Beijing empfangen und mit ihm »religiöse Kooperation« vereinbart.<sup>80</sup> Dabei gibt es in China nur rund 15 000 orthodoxe Christen, die mit der ROK verbunden sind.

**80** Marta Allevato, »Moscow Patriarchate: China Authorises the Ordination of Chinese Orthodox Priests on Its Territory«, *AsiaNews.it*, 19.5.2015, <<http://www.asianews.it/news-en/Moscow-Patriarchate:-China-authorises-the-ordination-of-Chinese-Orthodox-priests-on-its-territory-34281.html>> (Zugriff April 2019).

# Beziehungen zum »nahen Ausland«: Ukraine und Georgien

Von den Beziehungen Russlands zu Nachbarn im Raum der ehemaligen Sowjetunion sind besonders die zur Ukraine und zu Georgien hervorzuheben. Das gilt sowohl für die zwischenstaatlichen als auch für die kirchlichen Beziehungen. Die Ukraine verzeichnet bislang die größte Zahl orthodoxer Gemeinden in einem nahen Ausland, die unter der kanonischen Hoheit des Moskauer Patriarchats stehen. Georgien dagegen ist das einzige nahe Ausland mit einer autokephalen orthodoxen Nationalkirche. Auch die Kirche in Armenien, die älteste christliche überhaupt, ist eigenständig, gehört aber nicht zur orthodoxen, sondern zur altorientalischen Kirchenfamilie.

## Die religiös-kulturellen Verbindungen Russlands zur Ukraine und deren Bedeutung für die politischen Beziehungen zwischen beiden rückten in den Mittelpunkt.

Im Jahr 2018 rückten die religiös-kulturellen Verbindungen Russlands zur Ukraine und deren Bedeutung für die konflikthafter politischen Beziehungen zwischen den beiden Staaten in den Mittelpunkt. In der Ukraine gab es Bestrebungen, eine geeinte ukrainische Kirche zu schaffen und sie aus der kanonischen Hoheit des Moskauer Patriarchats auszugliedern. Russische Medien und ausländische Kommentatoren sahen diesen Kirchenstreit an der Schwelle zu einem Religionskrieg und ordneten ihn in einen geopolitischen Kontext ein. Die Entscheidung des Ökumenischen Patriarchats von Konstantinopel, die neue Kirche anzuerkennen, wirkte sich nicht nur auf die religiöse Sphäre aus. Hier ging es um Status- und Machtansprüche, nicht ausschließlich um kirchliches Recht und schon gar nicht um Glaubensfragen.

Das Jahr endete mit der Gründung einer eigenständigen Orthodoxen Kirche der Ukraine. Diese steht nun den zahlreichen orthodoxen Gemeinden in dem Land gegenüber, die sich noch dem Moskauer Patriarchat zurechnen. Seither sind etliche Gemeinden von der »Moskauer« zur neuen Kirche übergetreten. Ein Internetportal verzeichnet die neuerlichen Übertritte – bis Anfang Februar 2019 rund 50 – auf einer interaktiven Landkarte.<sup>81</sup>

In der Ukraine gab es zuvor drei orthodoxe Kirchen: die Ukrainische Orthodoxe Kirche des Moskauer Patriarchats (UOK-MP), die des Kiewer Patriarchats (UOK-KP) und eine Ukrainische Autokephale Orthodoxe Kirche. Offiziell anerkannt in der orthodoxen Ökumene war nur die Kirche unter dem Moskauer Patriarchat, der rund 12 000 Gemeinden, mehr als 200 Klöster und über 10 000 Geistliche in der Ukraine unterstehen. Sie ist administrativ eine weitgehend autonome Körperschaft, die gleichwohl einen Teil der ROK bildete. Der zuvor nicht anerkannten Kirche unter dem Kiewer Patriarchat, die sich 1992 vom Moskauer Patriarchat getrennt hat, unterstanden bisher rund 5000 Gemeinden, 62 Klöster und mehr als 3600 Geistliche. Weit dahinter lag die zuvor ebenfalls nicht kanonisierte Ukrainische Autokephale Orthodoxe Kirche mit rund 1000 Gemeinden.<sup>82</sup> Die UOK-MP war am stärksten in der Süd- und Ostukraine vertreten. In der Westukraine kam noch der Einfluss einer weiteren Glaubensgemeinschaft, der Ukraini-

<sup>81</sup> Gerhard Gnauck, »Orthodoxie in der Ukraine. Welche Kirche soll es sein?«, in: *FAZ*, 2.2.2019.

<sup>82</sup> Zu diesen Zahlen siehe »Cerkovno-gosudarstvennyj raskol« [Kirchlich-staatliche Spaltung], in: *Vedomosti*, 17.10.2018, <<https://www.vedomosti.ru/opinion/articles/2018/10/17/783844-tserkovno-gosudarstvennii-raskol>> (Zugriff Dezember 2018).

schen griechisch-katholischen Kirche, zur Geltung, in der sich katholische und orthodoxe liturgische Elemente vermischen. Sie verfügt in der Ukraine über rund 3800 Gemeinden. An der Spitze der bislang zweitgrößten Kirche UOK-KP stand der Kiewer Patriarch Filaret (Denyssenko). Er gehörte zu ihren Gründern und wurde 1995 ihr Leiter. Die ROK verhängte 1997 den Kirchenbann über ihn. 2004 stellte sich Filaret auf die Seite der Orangefarbenen Revolution.

Anträge auf eine von Moskau unabhängige und von der orthodoxen Ökumene anerkannte ukrainische Kirche wurden in der Vergangenheit schon mehrfach gestellt. Erst 2018 bahnte sich hier der Durchbruch an. Das Ökumenische Patriarchat von Konstantinopel signalisierte Bereitschaft, einem Antrag auf Autokephalie zu folgen und ihn mit einem entsprechenden kirchlichen Dekret, einem Tomos, zu bestätigen. Damit würde diese Kirche volle Unabhängigkeit von Moskau erlangen, und es wäre zu erwarten, dass viele ukrainische Pfarrgemeinden aus dem Verwaltungsbereich des Moskauer Patriarchats zu ihr übertreten. Ein solcher Wechsel ist seit einigen Jahren bereits im Gange und wurde durch Russlands Ausgreifen auf den Nachbarstaat 2014 verstärkt.

Die kirchlichen Auseinandersetzungen waren schon zuvor von den zwischenstaatlichen Beziehungen beeinflusst. Dabei zogen Kreml und Patriarchat in Moskau nicht immer an einem Strang. Zum Beispiel traf Patriarch Kirill sich 2009 mit dem ukrainischen Präsidenten Wiktor Juschtschenko, der vom Kreml strikt gemieden wurde. Aus Moskauer Perspektive übte dieser Repräsentant der Orangefarbenen Revolution von 2004 Verrat an der Heiligen Rus und an der ukrainischen Partnerschaft mit Russland, weil er eine westorientierte Politik betrieb. Auch in der Bevölkerung Russlands wurde diese Ausrichtung laut einer Umfrage von 2009 weithin missbilligt: 68 Prozent der Befragten meinten damals, die westorientierte Politik Kiews bedrohe Russland.<sup>83</sup> In der Ukraine folgte dann eine Wende unter Wiktor Janukowytsch, der sich nach seiner Inauguration als Präsident im Februar 2010 wieder verstärkt Russland und dem Moskauer Patriarchat zuwandte. Mit dem Euro-Maidan im November 2013 wendete sich abermals das Blatt.<sup>84</sup>

<sup>83</sup> Curanović, *The Religious Factor in Russia's Foreign Policy* [wie Fn. 73], S. 163.

<sup>84</sup> Myroslav Marynovych, »Ukrainian Churches and the Maidan«, in: Adam Hug (Hg.), *Traditional Religion and Political Power: Examining the Role of the Church in Georgia, Armenia,*

Nach dem brutalen Einsatz von Sicherheitskräften gegen die Demonstranten verbrüderten sich kirchliche Aktivisten mit der Protestbewegung. Wie in der Orangefarbenen Revolution von 2004 wurden gemeinsame Auftritte orthodoxer, katholischer und protestantischer Sprecher organisiert.

Die kirchliche Autonomiebewegung verstärkte sich nach der Annexion der Krim und Moskaus militärischer Unterstützung für separatistische Gruppen in der Ostukraine. Davor war die Kirche unter Führung des Moskauer Patriarchats noch nicht als Fremdkörper betrachtet worden. Ihr damaliges Oberhaupt Wolodymyr war darauf bedacht, sich nicht als kirchlicher Statthalter Moskaus zu präsentieren. Staatliche und kirchliche Stellungnahmen in Russland zur Ukraine wichen insofern voneinander ab, als die ROK mit Rücksicht auf die schrumpfende, aber immer noch große Zahl ihrer Gemeinden in dem Nachbarland Zurückhaltung gegenüber einer russischen Propaganda übte, die national gesinnte Ukrainer pauschal als »Faschisten« verunglimpfte. Nach dem russischen Übergriff auf die Ukraine 2014 tauchten dann aber Protestplakate gegen die UOK-MP mit Aufschriften wie »FSB-Kirche« oder »Euer Gott ist Putin« auf.<sup>85</sup> Unter den prorussischen Separatisten in der Ostukraine und ihren Kampfgefährten aus Russland war die Rede vom »heiligen Krieg« gegen Kiew und seine »westlichen Patrone«.

Trotz dieser Entwicklung war für viele Gläubige in der Ukraine die Frage, welcher der drei orthodoxen Kirchenstrukturen sie nun angehörten, von untergeordneter Bedeutung. Sie betrachteten sich als »einfach orthodox«.<sup>86</sup>

### Fragen kirchlicher Zugehörigkeit und Unabhängigkeit wurden immer stärker politisiert.

Doch die Fragen kirchlicher Zugehörigkeit und Unabhängigkeit wurden nun immer stärker politisiert. Präsident Petro Poroschenko unterstützte das Bestreben nach kirchlicher Unabhängigkeit mit Nachdruck. Im April 2018 bat er und das ukrainische

*Ukraine and Moldova*, London: Foreign Policy Centre, 2015, S. 23–28.

<sup>85</sup> Zu dieser Entwicklung siehe Andrii Fert, »Putin Is Your God!«, *OpenDemocracy*, 23.1.2018, <<https://www.opendemocracy.net/author/andrii-fert>> (Zugriff Oktober 2018).

<sup>86</sup> Alfons Brüning, »Einfach orthodox?« Ukraine: die Gläubigen und die Gesellschaft«, in: *Osteuropa*, 68 (2018) 8–9, S. 119–138.

Parlament den Patriarchen von Konstantinopel, die Eigenständigkeit einer ukrainischen Nationalkirche anzuerkennen. Dies »würde den letzten Knoten lösen, der unser Land an ein Imperium, nämlich Russland, bindet«. <sup>87</sup> Im Juli 2018 rief er die Ukrainer auf, für dieses Ziel, das er als Angelegenheit nationaler Sicherheit definierte, »zu beten und zu kämpfen«. <sup>88</sup> Sollte die Autokephalie erteilt werden, so das Kalkül des Präsidenten, dessen Popularität wegen Reformstau und Korruption in der Ukraine deutlich geschrumpft ist, könnte er dies als Pluspunkt bei den Präsidentenwahlen im März 2019 verbuchen. Er ging nun mit der Parole »Armee, Sprache, Glaube« in den Wahlkampf, um sich als Vater der Nation zu präsentieren. <sup>89</sup>

Auch auf der Gegenseite, in der Kiewer Filiale der ROK, wurde diese klerikale Angelegenheit in Sicherheitspolitik übersetzt. Der Kirchenstreit und die politische Auseinandersetzung in seinem Umfeld spitzten sich noch zu, als im September 2018 Patriarch Bartholomaios zur Vorbereitung der Autokephalie zwei Bischöfe in die Ukraine entsandte. Da beide aus orthodoxen Gemeinden in Nordamerika, das heißt aus den USA und Kanada, kamen, heizte dies in Russland eine Verschwörungstheorie an, wonach Washington den ukrainischen Kirchenstreit antreibe und den »Anschlag auf die russische Kirche« als politische Aggression gegen Russland gestalte. Am 11. Oktober 2018 hob die Heilige Synode des Ökumenischen Patriarchats von Konstantinopel die Zuordnung der ukrainischen Kirche zum Moskauer Patriarchat auf und tilgte den Bann über die beiden bisher nicht anerkannten Kirchen, die sich vom Moskauer Patriarchat getrennt hatten. Damit wurde der Weg zu einer eigenständigen Nationalkirche freigemacht, in der die drei bislang bestehenden orthodoxen Kirchen in der Ukraine vereint sein sollten. Auf diesen Zusammenschluss legte der Patriarch von Konstantinopel Wert. Bischöfe aus allen drei Kirchen sollten zu einer

Synode der Vereinigung eingeladen werden, doch das Moskauer Patriarchat erteilte dem Vorhaben eine Absage. Eine in Minsk abgehaltene Synode der ROK entschied, die Beziehungen mit dem Patriarchat von Konstantinopel abzubrechen – ein Schritt, der in einigen Kommentaren mit dem historischen Schisma zwischen einer katholischen West- und einer orthodoxen Ostkirche von 1054 verglichen wurde. In Istanbul, das heißt im Patriarchat von Konstantinopel, wurde darauf verwiesen, dass in der neueren Geschichte dies nicht die erste Bruchstelle in der orthodoxen Ökumene sei. So hatten die Patriarchen von Moskau und Konstantinopel ihre Beziehungen 1996 wegen eines Kirchenkonflikts in Estland abgebrochen und erst mehrere Monate später wieder aufgenommen. Der Konflikt wurde gütlich geregelt, so dass in Estland bis heute zwei orthodoxe Kirchen bestehen – eine unter Leitung der ROK, die andere unter der des Ökumenischen Patriarchats. Doch das Gewicht orthodoxer Gemeinden in Estland ist aus Sicht der ROK gewiss nicht mit dem in der Ukraine zu vergleichen.

Am 15. Dezember 2018 trat in der Kiewer Sophienkathedrale die erste Synode einer vereinten ukrainischen Kirche zusammen und wählte ihr neues Oberhaupt unter dem Titel »Metropolit von Kiew und der ganzen Ukraine«. An ihr beteiligten sich Kleriker der beiden zuvor nicht anerkannten Kirchen, aber nur zwei Bischöfe der UOK-MP. Der bisherige Führer der nationalkirchlichen Bewegung und Leiter der UOK-KP, Filaret, trat zurück, sorgte aber dafür, dass der mit ihm eng verbundene 39-jährige Serhi Dumenko unter dem Namen Epifanij in das neue Amt als Metropolit gewählt wurde. An der Gründung der Orthodoxen Kirche der Ukraine nahm Präsident Poroschenko auf öffentlichkeitswirksame Weise teil und drückte ihr den Stempel der nun definitiven Emanzipation von Moskau auf. Am 20. Dezember billigte das Parlament in Kiew ein Gesetz, das von der UOK-MP verlangt, ihren Namen in »Russisch-Orthodoxe Kirche in der Ukraine« zu ändern, was sie als Fremdkörper markiert. Patriarch Kirill verurteilte die politische Einmischung in den Kirchenstreit durch Kiew auf das Schärfste. Er hatte im Vorfeld der Kiewer Synode Schreiben an den Papst in Rom, die Anglikanische Kirche, die Vereinten Nationen und etliche Regierungschefs gerichtet und sich beschwert, die ukrainischen Behörden übten mit verschiedenen Maßnahmen Druck auf die UOK-MP aus. <sup>90</sup> Und in den

<sup>87</sup> Zitiert in Veera Laine, *Holy Rus Challenged. The Conflict between Churches in Ukraine Has Consequences for Russia, Ukraine and the Orthodox World*, Helsinki: Finnish Institute of International Affairs (FIIA), 26.9.2018 (FIIA Comment Nr. 18).

<sup>88</sup> »Petr Porošenko poprosil ukraincev načat' molit'sja« [Petro Poroschenko hat die Ukrainer gebeten, mit dem Beten zu beginnen], *Glavnovosti.com*, 17.7.2018, <[https://glavnovosti.com/petr-poroshenko-poprosil-ukraincev-nachat-molitsja/?mc\\_cid=7e64674650&mc\\_eid=9eaa49374d](https://glavnovosti.com/petr-poroshenko-poprosil-ukraincev-nachat-molitsja/?mc_cid=7e64674650&mc_eid=9eaa49374d)> (Zugriff Dezember 2018).

<sup>89</sup> Thomas de Waal, *A Church Conflict Brews in Ukraine*, Brüssel: Carnegie Europe, 31.10.2018, <<http://carnegieeurope.eu/strategieurope/77618?lang=en>> (Zugriff Dezember 2018).

<sup>90</sup> Andrej Melnikov, »Dvupoljarnyj pravoslavnyj mir oformilsja v Kieve« [Eine bipolare orthodoxe Welt hat sich in

staatsabhängigen russischen Medien erschienen am Jahresende 2018 Berichte über angebliche Christenverfolgung in der Ukraine. Am 6. Januar 2019 reisten Präsident Poroschenko und der neue Metropolit Epifanij nach Istanbul und nahmen den Tomos über die Autokephalie aus der Hand des Patriarchen von Konstantinopel entgegen.

Bevor der neuen Orthodoxen Kirche der Ukraine die Autokephalie erteilt wurde, hatte sich der Kreml anfangs noch mit heftigen politischen Kommentaren zurückgehalten. Pressesprecher Dmitri Peskow erklärte, dass man den Konflikt mit großer Besorgnis betrachte, aber als kirchliche Angelegenheit sehe, in die sich der Staat nicht einmische. Präsident Putin erörterte den Konflikt jedoch vor dem Russländischen Sicherheitsrat, und etliche Kommentare politischer Sprecher enthielten einen geopolitischen Einschlag. So bezeichnete Außenminister Lawrow die Entscheidung Konstantinopels als eine von den USA gedeckte Provokation gegen Russland. Diese Interpretation erklang in den politischen Fernseh-Talkshows in schrillsten Tönen. Der prominente Moderator Wladimir Solowjow meinte, westliche Medien freuten sich unbändig über die Spaltung in der orthodoxen Christenheit.<sup>91</sup> Nach der Gründung der neuen Kirche und den Übertritten von Gemeinden des Moskauer Patriarchats zu ihr verschärfen sich die Kommentare aus Moskau. Präsident Putin verglich am 31. Januar 2019 die Lage in der Ukraine mit der Christenverfolgung zu Sowjetzeiten. Russland behalte sich nun das Recht vor, alles zu tun, um »die Menschenrechte und die Rechte der Gläubigen zu verteidigen«.<sup>92</sup>

### Der Kirchenstreit in der Ukraine ist ein Spiegelbild des politischen Konflikts zwischen Moskau und Kiew.

Wie verhalten sich andere orthodoxe Gemeinschaften zu dem politisierten Kirchenstreit? Auch diese Frage löste geopolitische Spekulationen aus, zum Beispiel über die Beziehungen zwischen Moskau und Minsk.<sup>93</sup> Schon vor der Entscheidung vom

Kiew formiert], in: *Gazeta Vera i obščestvo*, Pečatnaja versija, 16.12.2018.

<sup>91</sup> »TV Lambasts Orthodox Church Split«, *BBC Monitoring Global Newline – Former Soviet Union*, 16.10.2018.

<sup>92</sup> Gnauck, »Orthodoxie in der Ukraine. Welche Kirche soll es sein?« [wie Fn. 81].

<sup>93</sup> Siehe zum Beispiel Paul Goble, »Putin May Try to Launch New Offensive in Ukraine and Absorb Belarus to Stop Autocephaly«, *Eurasia Daily Monitor*, 16.10.2018.

11. Oktober 2018 über die Lostrennung einer neuen ukrainischen Kirche vom Moskauer Patriarchat suchte die ROK nach Verbündeten. Am deutlichsten bekam sie Unterstützung von der Serbischen Kirche. Deren Führung beschuldigte das Patriarchat von Konstantinopel, Kirchenspaltungen zu provozieren. Entscheidend ist hier die Furcht, dass in Montenegro oder Mazedonien Bestrebungen der dortigen orthodoxen Kirchen nach Autokephalie bestärkt werden könnten. Auch in Moskau kam die Befürchtung einer »Autokephalie-Parade« auf, die zum Beispiel der ROK zugeordnete Gemeinden in Belarus und Moldova erfassen und von ihr wegführen könnte. Im GUS-Raum erhielt Moskau Unterstützung aus orthodoxen Gemeinden in Zentralasien. In der überwiegend muslimischen Region gehören rund zwei Millionen Christen zu einem eigenen Metropolitanbezirk der ROK. Eine Synode dieser Gemeinde drückte in einem Schreiben an Präsident Poroschenko Besorgnis darüber aus, dass staatliche Stellen Druck auf die bisher mitgliederstärkste Kirche in der Ukraine ausüben könnten. Sie mahnte Toleranz an und verwies dabei auf eine am 12. Dezember 2018 angenommene Resolution der Vereinten Nationen mit dem Titel »Enlightenment and religious tolerance«, die von dem reformorientierten usbekischen Präsidenten Schawkat Mirsijojew initiiert worden war.<sup>94</sup>

Die in der internationalen Berichterstattung verbreiteten Darstellungen einer tiefgreifenden Kirchenspaltung und ihrer »Geopolitisierung« im postsowjetischen Raum stoßen auch auf Vorbehalte. Der Vorstellung, die Kirchenlandschaft in der Ukraine werde inzwischen von einer einzigen unabhängigen orthodoxen Nationalkirche umspannt, ist entgegenzuhalten, dass dort seit Dezember 2018 in einer bipolaren Konstellation nun zwei statt bisher drei Kirchen bestehen und die größte Zahl der Gemeinden nach wie vor auf diejenige unter dem Moskauer Patriarchat entfällt. Die Zahl der Übertritte zu der neuen Kirche hält sich bisher (Stand Februar 2019) in Grenzen. Auch sind die übrigen Nationalkirchen der orthodoxen Ökumene noch nicht mehrheitlich der Entscheidung des Patriarchats von Konstantinopel gefolgt und haben sich bislang nicht demonstrativ auf die Seite der neuen ukrainischen Kirche gestellt.<sup>95</sup> Ein

<sup>94</sup> »Central Asia Orthodox Synod Urges Kiev to Follow UN Resolution«, *BBC Monitoring Global Newline – Central Asia*, 24.12.2018.

<sup>95</sup> Hierzu besonders Irina du Quenoy, »Church and State in Ukraine and the Power Politics of Orthodox Christianity«,

Beispiel für ein betont vorsichtiges Verhalten in dieser kirchlichen Angelegenheit bietet Georgien, trotz seiner außenpolitischen Anlehnung an die Ukraine und Distanzierung von Russland.

### **Während der Blockaden zwischen Moskau und Tiflis bildeten die gemeinsamen Beziehungen der russischen und der georgischen Kirche eher eine Brücke.**

Im Unterschied zur Ukraine wird in Georgien der Konflikt mit Russland, der im August 2008 in den Fünftagekrieg zwischen russischen und georgischen Streitkräften mündete, nicht von Konfrontationen der Kirchen untereinander flankiert. In der Phase der politischen und wirtschaftlichen Blockaden, die sich nach diesem kurzen asymmetrischen Krieg verhärteten und erst nach 2012 reduziert wurden, bildeten die gemeinsamen Beziehungen der beiden Kirchen eher eine Brücke.

Dabei ist die Orthodoxe Kirche in Georgien ein politischerer Akteur als die in Russland. Ihr Leiter, Patriarch und Katholikos Ilia II., ist die Persönlichkeit des öffentlichen Lebens, die bei Umfragen im Land die höchste Zustimmungsrates erlangt. Ähnlich wie die ROK bindet die georgische Kirche nationale Identität an konservative, traditionelle Werte. Sie tritt der von Georgiens Bevölkerung weitgehend akzeptierten außen- und sicherheitspolitischen Orientierung der politischen Führung nach Europa und dem Westen zwar nicht entgegen, warnt aber vor »kultureller Verwestlichung« und meint damit vor allem tolerante Haltungen gegenüber nichttraditionellen sexuellen Minderheiten. Mehrmals wandte sich die Kirche gegen Gesetzesentwürfe, die aus ihrer Sicht traditionelle Werte verletzen.

Dass die Beziehungen zwischen den Kirchen besser waren als die zwischenstaatlichen, zeigte sich schon vor der Zuspitzung der Konflikte, die zum Krieg im August 2008 führten. Im Herbst 2006 brach zwischen Tiflis und Moskau eine diplomatische Krise aus, nachdem Offiziere der russischen Botschaft wegen Spionage aus Georgien ausgewiesen worden waren. Die Kirchenführer in den beiden Hauptstädten versuchten, eine Eskalation zu verhindern, und beschworen, »unsere beiden orthodoxen Nationen müssen ihre

Freundschaft schützen.«<sup>96</sup> Dennoch kam es zu militärischen Auseinandersetzungen zwischen russischen und georgischen Streitkräften, vor allem im und um den von Georgien abtrünnigen Landesteil Südossetien. Dabei riefen die beiden Kirchenführer Aleksij II. und Ilia II. zum Waffenstillstand auf. Allerdings verurteilte das Moskauer Patriarchat zusammen mit Muslimen und Buddhisten Russlands die »georgische Aggression« gegen Südossetien.

Nach dem Fünftagekrieg traf der russische Staat eine diplomatische Entscheidung, mit der er sich international isolierte. Am 26. August 2008 erkannte er die Unabhängigkeit und »Eigenstaatlichkeit« der beiden von Georgien abtrünnigen Territorien Südossetien und Abchasien an. Die ROK folgte dieser Linie auf kirchlicher Ebene nicht und bekundete nach wie vor die kanonische Hoheit der Georgischen Orthodoxen Kirche über die beiden Gebiete. Dabei verfügen die meisten Einwohner christlich-orthodoxen Glaubens dort über russische Pässe und ordnen sich eher der russischen als der georgischen Kirche zu. Deren Kleriker haben die Kontrolle über die orthodoxen Gemeinden in Abchasien und Südossetien sowie über den Zugang zu den beiden Territorien praktisch verloren. So wurde der ROK aus Georgien vorgeworfen, trotz ihrer Anerkennung der kanonischen Hoheit der georgischen Kirche bilde sie Kleriker für Abchasien in Moskau aus und ihre Priester weihten neue Kirchen in dem abtrünnigen Gebiet. Mit ihrem Bestreben, Konflikte mit dem Moskauer Patriarchat zu vermeiden, setzt sich die georgische Kirche auch politischer Kritik im eigenen Land aus. In national-liberalen Kreisen wurde die Frage gestellt: »Wenn die Kirche sich um georgische Identität sorgt, warum interpretiert ihre Führung die Gleichberechtigung der Geschlechter und sexuelle Freiheiten als gefährlicher für das ›Georgischsein‹ als die russische Okkupation [Abchasiens und Südossetiens, d. Verf.] oder die gegenwärtige russische Politik der Grenzverschiebungen, unter der Georgien 151 Siedlungen seit dem Ende des Krieges von 2008 verloren hat?«<sup>97</sup> Dabei verweisen zivilgesellschaftliche Gruppen Georgiens auf gezielten antiwestlichen Einfluss Russlands auf konservative und klerikale Kreise im eigenen Land

<sup>96</sup> Curanović, *The Religious Factor in Russia's Foreign Policy* [wie Fn. 73], S. 175.

<sup>97</sup> Tornike Metreveli, »Georgian Orthodox Church: Whither the Foreign Policy Role?«, *Civil Georgia*, 26.7.2018, <<https://civil.ge/archives/247434>> (Zugriff Dezember 2018).

*War on the Rocks*, 14.2.2019, <<https://warontherocks.com/2019/02/church-and-state-in-ukraine-and-the-power-politics-of-orthodox-christianity/>> (Zugriff Februar 2019).

und fordern ihre Regierung zu Gegenmaßnahmen auf.<sup>98</sup>

Zur religiös-politischen Herausforderung für Georgien wurde nun auch die Auseinandersetzung um die Autokephalie einer geeinten ukrainischen Nationalkirche. Erkennt die georgische Kirche deren Eigenständigkeit an, belastet sie ihr bislang nahezu konfliktfreies Verhältnis zum Moskauer Patriarchat. Verweigert sie die Anerkennung jedoch, begibt sie sich in Widerspruch zu der freundschaftlichen Beziehung, die der georgische Staat zur westlich orientierten Ukraine pflegt. Ende September 2018 gab Patriarch Ilia II. eine eher neutrale Erklärung ab. Man müsse den Beschluss der Ökumene abwarten und sich voreiliger Einschätzungen enthalten.<sup>99</sup> Auch als die Entscheidung gefallen war, hielt man sich hier zurück. Ein Heiliger Synod der georgischen Kirche beklagte im Dezember die »schwierige Situation für die Kirchen« in der Ukraine und die »gestörten Beziehungen zwischen Konstantinopel und Moskau«. Dabei wurden zwei Dokumente verlesen, durch die sich georgische Kleriker in dem Kirchenstreit zwischen die Fronten versetzt sahen: ein Schreiben des Patriarchen von Konstantinopel, in dem er andere orthodoxe Kirchen auffordert, seinem Entschluss für die Ukraine zu folgen, und eines des Moskauer Patriarchen Kirill, der seine Amtskollegen in Georgien aufruft, die »nichtkanonische« Entscheidung Konstantinopels zu verdammen.<sup>100</sup> Auch staatliche Sprecher mahnten hier zur Vorsicht, so die gerade gewählte Präsidentin Salome Surabischwili. Mit dieser Zurückhaltung stießen sie auf Kritik der Opposition, die eine harte Haltung gegenüber Moskau verlangt.<sup>101</sup>

In dem von Georgien abtrünnigen Abchasien werden der russisch-ukrainische Kirchenstreit und die Auseinandersetzung um neue eigenständige Kirchen in der orthodoxen Ökumene ebenfalls zu einem religiös-politischen Thema. Die orthodoxe Kirche Abchasiens verwies im September 2018 auf

griechische Quellen, wonach der Patriarch von Konstantinopel als nächstes die Unabhängigkeit der Kirchen in Mazedonien und Abchasien in Erwägung ziehe. Sollte dies zutreffen, könnte auch im Südkaukasus ein Kirchenstreit bevorstehen, der sich mit politischen Auseinandersetzungen um Sezession und territoriale Integrität überschneidet.<sup>102</sup>

**98** Tornike Zurabashvili, *Russia's Disinformation Activities and Counter-Measures. Lessons from Georgia*, Prag: European Values, 18.9.2018 (Kremlin Watch Report).

**99** »Georgia Backs Peaceful Resolution of Russian-Ukraine Church Row«, *BBC Monitoring Caucasus*, 1.10.2018.

**100** Giorgi Menabde, »Georgian Orthodox Church Opts for Caution Regarding Ukrainian Autocephaly«, *Eurasia Daily Monitor*, 16.1.2019.

**101** »Georgian Clerics, MPs, Citizens Differ on Ukrainian Autocephaly«, *BBC Monitoring Caucasus*, 11.1.2019; »Georgian President: Issue of Ukrainian Church »Sensitive«, *BBC Monitoring Caucasus*, 12.1.2019.

**102** »Abkhaz Church Hopes to Become Autocephalous after Ukraine«, *BBC Monitoring Caucasus*, 12.9.2018.

# Ausblick

Eine orthodoxe Symphonie zwischen Staat und Kirche erklang in Russland im letzten Jahrzehnt in einem Konservatismus, der sich gegen eine »westzentrierte Weltordnung« wendet und durch eine Außenpolitik untermauert wird, die Russland auf der Weltbühne als globalen Akteur positioniert. Eine vieldiskutierte Krise des Westens flankiert diese Entwicklung. Sie hat Spannungen in euro-atlantischen Organisationen erzeugt und deren Grundwerte der Anfechtung durch populistische und nationalistische Kräfte ausgesetzt, die sich in den eigenen Reihen entfaltet haben und Angriffsflächen für externe Einflussnahme wie etwa aus Russland bilden.

Das Jahr 2018 brachte allerdings auch für Russland Herausforderungen, darunter solche, die das Verhältnis zwischen Staat und Kirche betreffen. Die ROK fühlt sich durch die eigenständige Orthodoxe Kirche der Ukraine brüskiert und fürchtet den Verlust ihrer Hoheit über Gemeinden im Nachbarland. Auf einem Forum namens Glaube und Welt sprach Patriarch Kirill Ende Oktober 2018 von einem Anschlag gegen Moskau. Dieser sei auf »die Zerstörung der maßgeblichen orthodoxen Macht in der Welt« ausgerichtet, die sich der »globalen Indoktrination und der Unterordnung unter die Prinzipien anderer Mächte entzieht«. <sup>103</sup> Zu den aktuellen Entwicklungen gehörte die Verschränkung des Kirchenstreits mit dem Konflikt zwischen Russland und der Ukraine, welcher der internationalen Öffentlichkeit durch den Vorfall in der Meerenge von Kertsch im November 2018 in Erinnerung gerufen wurde. Die Reaktion auf Russlands Machtdemonstration dort und auf sein Bemühen, die ukrainischen Hafenstädte Berdjansk und Mariupol am Asowschen Meer von der freien Schifffahrt abzuschneiden, zeigte sich in der Ukraine auch auf kirchlicher Ebene. Dem Vorsteher des Kiewer Höhlenklosters, des größten und ältesten Klosters der Heiligen Rus unter der Hoheit des Moskauer Patriarchats, warf der ukrainische Geheimdienst vor, Hass geschürt

zu haben, und durchsuchte sein Haus. Moskau beklagte nun die Verfolgung orthodoxer Mönche in der Ukraine. Auf der anderen Seite verhafteten von Moskau abhängige Sicherheitskräfte Anfang März 2019 den ranghöchsten Geistlichen der Orthodoxen Kirche der Ukraine auf der Krimhalbinsel – wegen angeblichen Diebstahls. <sup>104</sup>

Im Frühjahr 2019 trat das Thema Kirchenstreit dann hinter anderen Nachrichten wieder zurück. Erledigt hat es sich allerdings nicht. Wenn die neue Orthodoxe Kirche der Ukraine zur Souveränität des Landes beitragen soll, müssen ukrainische Politiker »mit dieser Entwicklung sensibel umgehen und sie im Sinne einer gesellschaftlichen Konsolidierung nutzen, anstatt sie ausschließlich für ihre eigenen Zwecke zu instrumentalisieren«. <sup>105</sup> Freilich ist auch Moskau zur Mäßigung in dieser Auseinandersetzung zu ermahnen. Eine weitere Verschränkung von Kirchenspaltung und zwischenstaatlichem Konflikt wäre nicht nur für die Ostpolitik in Brüssel und Berlin eine Herausforderung, sondern auch für den weltweiten Ökumenischen Rat der Kirchen. Sie würde die Entwicklung zu einem kämpferischen National-Christentum bestärken, das in Widerspruch zu einer Auffassung von Religion gerät, die Grenzen und Gräben zwischen Nationen mit Friedens- und Versöhnungsrhetorik zu überbrücken versucht. <sup>106</sup> Genau an diese kirchliche Funktion des Brückenbaus wären beide Seiten zu erinnern. Das Moskauer Patriarchat hat sie im Konflikt zwischen Moskau und Kiew auch gelegentlich wahrgenommen – so im Dezember 2017, als Patriarch Kirill dazu beitrug, einen Gefangenenaustausch zwischen Kiew und den Separatisten im Donbas zu ermöglichen. <sup>107</sup>

**103** Zitiert in »Russia's Church Facing ›Global Order‹ of Destruction, Says Top Cleric«, *BBC Monitoring Global Newswire – Former Soviet Union*, 30.10.2018.

**104** »Ukrainischer Bischof auf der Krim festgenommen«, in: *FAZ*, 4.3.2019.

**105** Susan Stewart, »Autonomie der Orthodoxen Kirche der Ukraine als Politikum«, *Euractiv*, 11.1.2019.

**106** Matthias Drobinski, »Kirchenspaltung. Missbrauch des Christentums«, in: *Süddeutsche Zeitung*, 17.10.2018.

**107** Llobet, »Russlands Kirche in Putins Staat« [wie Fn. 16].

Eine europäische und deutsche Ostpolitik muss sich darüber hinaus die Frage stellen, inwieweit die in Russland während der letzten Jahre bekundete Hinwendung zu traditionellen Werten identitätsstiftenden oder instrumentellen Charakter trägt. Wie nachhaltig stärkt der Konservatismus das mit dem Namen des amtierenden Präsidenten verbundene politische System, das sein Berater und ehemaliger Chefideologe Wladislaw Surkow in einem viel-diskutierten Aufsatz Anfang 2019 als dauerhaft und zukunftsweisend für Russland einschätzt? Mit den Präsidentschaftswahlen vom März 2018 erfolgte der Übergang zur vierten Amtsperiode Präsident Putins. Entwicklungen in den Monaten danach warfen allerdings die Frage auf, ob sich die Gesellschaft durch konservative patriotische Mobilisierung, zu der die Kirchenglocken läuten, von Forderungen nach dringlichen Veränderungen in Russland ablenken lässt. Im Anschluss an die Bekanntgabe der Rentenreformpläne im Juni 2018 zeigten Meinungsumfragen und regionale Wahlergebnisse dem Kreml Warnsignale an: Die Popularitätsquote des wiedergewählten Präsidenten sank auf den Stand vor der Krim-Annexion zurück, noch stärker brach das ohnehin geringe Vertrauen in die Regierungsorgane ein. Bei Gouverneurswahlen, die im September 2018 in 22 Regionen stattfanden, scheiterten einige Kandidaten der Regierungspartei, was als Anzeichen für wachsende Frustration in der Bevölkerung und zunehmende Systemopposition gewertet wurde.<sup>108</sup> Erstmals seit 13 Jahren meinte im Januar 2019 eine relative Mehrheit der Befragten (45 Prozent) einer Umfrage des Levada-Zentrums, dass sich ihr Land in die falsche Richtung bewegt (gegenteiliger Meinung waren 42 Prozent).<sup>109</sup> Zudem lässt sich in Meinungsumfragen immer häufiger der Ruf nach Veränderung vernehmen. Zwar ist damit nicht in erster Linie politische Modernisierung im Sinne von Demokratisierung gemeint, aber der Kampf gegen Korruption und die Forderung nach mehr sozialer Gerechtigkeit, wozu sich die Kirche bislang kaum geäußert hat.<sup>110</sup> Auch der Anteil der Befragten mit einer negativen Einstellung gegenüber

»dem Westen« schrumpft.<sup>111</sup> In einem Jahresrückblick spricht Lew Gudkow, der Leiter des Levada-Zentrums, davon, dass die patriotische Mobilisierung und die antiwestliche Propaganda gegen Ende 2018 nicht mehr so greife wie noch einige Monate zuvor. Zudem wachse die Befürchtung, dass sich Russland trotz oder wegen außenpolitischer Kraftakte international isoliert.<sup>112</sup>

Zurzeit ist unklar, ob und inwieweit sich Forderungen nach Veränderung im Inneren und nach Entspannung in der Außenpolitik in Russland als nachhaltig erweisen und auf den Wertediskurs zwischen Staat und Kirche Einfluss nehmen. Denkbar ist auch, dass die Machtelite versucht, die gesellschaftliche Frustration einzudämmen, indem sie die patriotische Mobilisierung noch verstärkt und Russland als Gegengewicht zu einem »anmaßenden Westen« glorifiziert. In seiner Rede zur Lage der Nation im Februar 2019 ging Präsident Putin ausführlich auf die innenpolitischen Probleme und die Herausforderungen an Veränderung ein, schloss seine Ansprache aber wiederum mit dem Hinweis auf ein Russland, das sich vor allem militärisch modernisiere und seine Souveränität verteidige. Und eine gegen externe, sprich westliche Einflussnahme zu schützende Souveränität wurde in den letzten Jahren gerne mit traditionellen Werten in Verbindung gebracht.

**108** Julia Mierau, *Erfolg der russischen Systemopposition bei den Regionalwahlen*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, November 2018 (SWP-Aktuell 61/2018).

**109** Zitiert in »Resentment Grows in Russian Provinces: ›We Get Nothing«, *SECTA, Foreign Desk*, 20.2.2019.

**110** »Grażdane opjat' trebujut peremen« [Die Bürger fordern wieder Veränderungen], in: *Nezavisimaja gazeta*, 13.12.2017, <[http://www.ng.ru/economics/2017-12-13/1\\_7135\\_citizens.html](http://www.ng.ru/economics/2017-12-13/1_7135_citizens.html)> (Zugriff Dezember 2018).

**111** »Russian Pollster Reports Sharp Rise in Positive Views of US«, *BBC Monitoring Global Newsline – Former Soviet Union*, 2.8.2018.

**112** »Russian Pollster Highlights Rise in Popular ›Frustration‹ in 2018«, *BBC Monitoring Global Newsline – Former Soviet Union*, 2.1.2019.

## Abkürzungsverzeichnis

CIA	Central Intelligence Agency (USA)
CRRC	Caucasus Research Resource Center
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EU	Europäische Union
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FSB	Federal'naja služba bezopasnosti (Föderaler Sicherheitsdienst)
ISSP	International Social Survey Programme
ODIHR	Office for Democratic Institutions and Human Rights
OIC	Organisation of Islamic Cooperation
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PACE	Parliamentary Assembly of the Council of Europe (Parlamentarische Versammlung des Europarats)
ROK	Russische Orthodoxe Kirche
RSFSR	Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik
UOK-KP	Ukrainische Orthodoxe Kirche des Kiewer Patriarchats
UOK-MP	Ukrainische Orthodoxe Kirche des Moskauer Patriarchats
ZOiS	Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (Berlin)

